



Mitdenkforum Hessen

PROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL 2013

Mit Denken mitgestalten!

Gemeinsam auf dem Weg – Ideen für die Zukunft Hessens

Entwurf des Zukunftsprogramms
der CDU Hessen 2014–2019

Antragsfrist für die Bezirks- und Kreisverbände
sowie die Landesvereinigungen ist der 26. Juni 2013
an: ingmar.jung@hessen.cdu.de



Entwurf

Gemeinsam auf dem Weg – Ideen für die Zukunft Hessens

Zukunftsprogramm der CDU Hessen 2014 – 2019

Inhaltsübersicht

1		
2		
3		
4	Einleitung: Entscheidung für Hessen	5
5		
6	1. Chancen für jeden	10
7		
8	- Ideen und Ziele für Familien	10
9	- Ideen und Ziele für Frauen	12
10	- Ideen und Ziele für Senioren	13
11		
12	2. Gemeinsam stärker sein	14
13		
14	- Ideen und Ziele für die Stärkung der Gemeinschaft	14
15	- Ideen und Ziele für die Stärkung unserer hessischen Identität	16
16	- Ideen und Ziele für Kreise, Städte und Gemeinden	16
17	- Ideen und Ziele für Kirchen und Religionsgemeinschaften	17
18	- Ideen und Ziele für den Sport	18
19	- Ideen und Ziele für Heimatvertriebene und Spätaussiedler	19
20	- Ideen und Ziele für Integration	20
21	- Ideen und Ziele für Menschen mit Behinderung	21
22		
23	3. Bildung sichert Zukunft	22
24		
25	- Ideen und Ziele für Schule und Bildung	23
26	- Ideen und Ziele für Wissenschaft und Hochschulen	28
27	- Ideen und Ziele für die Forschung	29
28		

29	4. Sicher leben	32
30		
31	- Ideen und Ziele für Sicherheit und Ordnung	32
32	- Ideen und Ziele für Justiz und Recht	34
33		
34	5. Wirtschaft schafft Arbeit	36
35		
36	- Ideen und Ziele für Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk	36
37	- Ideen und Ziele für sichere Arbeitsplätze	39
38		
39	6. International und weltoffen	41
40		
41	- Ideen und Ziele für die Internationalität Hessens	41
42	- Ideen und Ziele für Europa	42
43	- Ideen und Ziele für den Finanzplatz Frankfurt	43
44		
45	7. In Hessen wohlfühlen	45
46		
47	- Ideen und Ziele für die Kultur	45
48	- Ideen und Ziele für das Leben auf dem Land	47
49	- Ideen und Ziele für den Wohnungsbau	48
50	- Ideen und Ziele zum Schutz der Natur	49
51	- Ideen und Ziele für Landwirtschaft und Weinbau	50
52	- Ideen und Ziele für Jagd und Fischerei	51
53	- Ideen und Ziele für den Tourismus	52
54		
55	8. Gesund durchs Leben	53
56		
57	- Ideen und Ziele für die Gesundheit	53
58	- Ideen und Ziele für den Verbraucherschutz	55
59		

60	9. Damit es läuft	57
61		
62	- Ideen und Ziele für die Energieversorgung	57
63	- Ideen und Ziele für Verkehr und Lärmschutz	60
64	- Ideen und Ziele für das Internet	65
65	- Ideen und Ziele für Rundfunk und Medien	66
66		
67	10. Solide und gut aufgestellt	68
68		
69	- Ideen und Ziele für solides Haushalten	68
70	- Ideen und Ziele für Finanzen und Steuern	69
71	- Ideen und Ziele für eine moderne Verwaltung	70
72		

73 **Entscheidung für Hessen**

74 Weit mehr als vier Millionen Hessen haben die Wahl: Sie entscheiden am 22. September über die
75 Zukunft unseres Landes und die Zukunft der Politik in Deutschland.

76 Die CDU als Volkspartei der Mitte ist getragen von einem christlich-humanistischen Menschenbild.
77 Alle Menschen sind gleich viel wert, aber nicht alle Menschen sind gleich. Es ist unser Anspruch,
78 jedem Menschen optimale Entwicklungsmöglichkeiten in Freiheit und Sicherheit zu bieten. Dafür
79 schaffen wir die notwendigen Rahmenbedingungen.

80 Wir bieten Ideen statt Ideologien und Freiheit statt Zwang.

81

82 **Hessen auf dem Weg**

83 Wir haben uns in den vergangenen Monaten gemeinsam mit den Hessinnen und Hessen auf den
84 Weg gemacht. Bei der Entstehung unserer Ideen für die Zukunft Hessens haben wir die Menschen in
85 unseren Mitdenkforen gefragt: Was muss der Staat für seine Bürgerinnen und Bürger tun und was
86 kann der Staat für seine Bürgerinnen und Bürger leisten? Unzählige Antworten, Anregungen und
87 Ideen haben uns erreicht. Dafür sind wir dankbar.

88 Klar ist, es geht um Richtungsentscheidungen:

- 89 • Freie Schulwahl mit dem Erhalt der Gymnasien statt Zwangseinheitsschule.
- 90 • Verantwortungsvolles Haushalten statt maßloser Steuer- und Abgabenerhöhung.
- 91 • Klage gegen den ungerechten Länderfinanzausgleich statt parteipolitisch motivierten Verrats
92 hessischer Interessen.
- 93 • Kluge Energiewende mit Augenmaß statt schnellem Ausbauaktivismus.
- 94 • Verlässliches Handeln statt haltloser Versprechungen.
- 95 • Freiheit und Vielfalt für Familien statt Rundumbetreuung durch den Staat.

96 Welche Richtung wir einschlagen wollen, macht das Zukunftsprogramm der CDU Hessen deutlich. In
97 der Verpflichtung gegenüber den Menschen in unserem Land legen wir unser Angebot für die
98 Zukunftsgestaltung vor. Darüber wird am 22. September abgestimmt.

99

100 **Auf stabilem Fundament**

101 Vertrauen in den richtigen Weg für die Zukunft haben die Menschen nur dann, wenn dieses
102 Vertrauen auf einem stabilen Fundament gründet. Wir haben Hessen dieses Fundament gegeben;
103 Hessen gehört zu den stärksten Wirtschafts- und Wachstumsregionen in Europa. Die Menschen
104 haben uns gesagt, dass sie gerne in Hessen leben, sich wohl fühlen und mit Zuversicht und
105 Optimismus in die Zukunft gehen,

106 weil in Hessen

- 107 • so viele Frauen und Männer Arbeit haben wie noch nie.
- 108 • so viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen wie noch nie.
- 109 • so viele Kinderbetreuungsplätze vorhanden sind wie noch nie.
- 110 • den Kommunen so viel Geld zur Verfügung steht wie noch nie.
- 111 • finanzschwache Kommunen durch den kommunalen Schutzschirm so viel Hilfe bekommen
112 wie noch nie.
- 113 • die Ehrenamtlichen, insbesondere in Feuerwehren und Sportvereinen, eine so intensive
114 Unterstützung erfahren wie noch nie.
- 115 • Eltern und Schüler so viel Freiheit bei der Schulwahl haben wie noch nie.
- 116 • so viele Lehrer in so kleinen Klassen unterrichten wie noch nie.
- 117 • das Bildungssystem so durchlässig ist wie noch nie.
- 118 • die Investitionen in Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen so hoch sind wie
119 noch nie.
- 120 • so viele junge Menschen studieren wie noch nie.
- 121 • so wenige Straftaten wie seit 20 Jahren nicht mehr begangen werden und die
122 Aufklärungsquote so hoch ist wie noch nie.
- 123 • so viele Polizistinnen und Polizisten vor Ort sind wie noch nie.
- 124 • die Menschen sich so sicher fühlen wie noch nie.
- 125 • der Ausbau der Erneuerbaren Energien so weit ist wie noch nie.

- 126 • so viel in Straßenbau und Infrastruktur investiert wird wie noch nie.
- 127 • so viele Menschen den öffentlichen Personennahverkehr nutzen wie noch nie.
- 128 • die Menschen von Europa und dem Euro so stark profitieren wie noch nie.
- 129 • die Verschuldung künftiger Generationen mit der Schuldenbremse so wirksam bekämpft wird
130 wie noch nie.
- 131 • der Norden unseres Landes boomt wie noch nie.
- 132 • die Integration so stark gefördert wird wie noch nie.

133 Das ist sind **21 Punkte** unserer erfolgreichen Politik – darauf bauen wir auf, gemeinsam mit den
134 Bürgerinnen und Bürgern in Hessen!

135 Für dieses Miteinander steht auch unser Landesvorsitzender und Ministerpräsident Volker Bouffier.
136 Durch seinen engagierten und auf Ausgleich bedachten Politikstil ist es gelungen, die Menschen bei
137 wichtigen gesellschaftlichen Themen partei- und interessenübergreifend zusammenzuführen.

138

139 **Klare Ziele für die Herausforderungen unserer Zeit**

140 Das Zukunftsprogramm der CDU Hessen verbindet neue Ideen mit klaren Zielen. Darin liegt die
141 Stärke der Union: ihre christlich-demokratischen Werte zu bewahren und gleichzeitig den
142 gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen gerecht zu werden.

143 Wir geben Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit, denen wir uns in den
144 nächsten fünf Jahren stellen werden:

145 Wir setzen die **Schuldenbremse** um, weil wir trotz wichtiger Investitionen in die Zukunft damit
146 aufhören müssen, permanent Schulden auf Kosten unserer Kinder zu machen.

147 Wir klagen gegen den **Länderfinanzausgleich**, weil er unsere Anstrengungen bestraft und wir uns
148 Angebote nicht leisten können, die andere Länder auf unsere Kosten finanzieren.

149 Wir setzen die **Energiewende** klug um, weil wir der Überzeugung sind, dass die intelligenteste und
150 nicht die schnellste Lösung gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger gefragt ist.

151 Wir geben Müttern und Vätern **Wahlfreiheit bei der Betreuung** ihrer Kinder, indem wir sie
152 entscheiden lassen und nicht von oben verordnen, ob ihre Kinder in Kindertagesstätten, bei
153 Tagesmüttern oder mit Unterstützung durch das Betreuungsgeld zu Hause betreut werden.

154 Wir garantieren Eltern und Schülern **Schulvielfalt und Wahlfreiheit**, weil eine bedarfsgerechte und
155 leistungsorientierte Förderung in Zwangseinheitsschulen nicht möglich ist; dazu gehört auch eine
156 Garantie für die Gymnasien und für unsere europaweit einzigartigen Förderschulen.

157 Wir streben einen hessenweiten bedarfsgerechten weiteren **Ausbau von freiwilligen**
158 **Ganztagsangeboten** für alle Schülerinnen und Schüler an, weil wir die ideologisch motivierte
159 ganztägige Zwangseinheitsschule ablehnen.

160 Wir liefern passgenaue Lösungen für Stadt und Land bei der **Bekämpfung der Wohnungsnot**, indem
161 wir die Sanierung von Dorfkernen erleichtern und in Städten sozialen und studentischen Wohnraum
162 fördern; wir setzen auf das Miteinander von Privat und Staat.

163 Wir stehen für den **Ausbau von Straßen, Schienen und Flughäfen**, weil sie Grundlage unseres
164 wirtschaftlichen Erfolges und Wohlstands sind und bekämpfen den dadurch entstehenden Lärm mit
165 allen zur Verfügung stehenden Mitteln des aktiven und passiven Lärmschutzes.

166 Wir gehen den **Fachkräftemangel** an, indem wir mit Gewerkschaften, Arbeitgebern und der
167 Arbeitsagentur Jugendliche schneller in Ausbildung bringen, Eltern Anreize zum beruflichen
168 Wiedereinstieg geben und gezielt qualifizierte ausländische Fachkräfte anwerben.

169 Wir geben jungen **Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss** eine Perspektive, indem wir sie mit
170 besonderen Angeboten für den Arbeitsmarkt fit machen.

171 Wir stellen die **ärztliche Versorgung auf dem Land** sicher, indem wir Konzepte für die
172 Zusammenarbeit von Krankenhäusern bieten und die bedarfsgerechte Ansiedlung von Ärzten
173 fördern.

174 Wir bekämpfen die Kriminalität im Internet, indem wir die von uns eingerichteten Kommissariate für
175 Internetkriminalität zu **Internetwachen** ausbauen, die die Kompetenzen von Polizei und
176 Staatsanwaltschaft bündeln und vernetzen.

177 Wir stehen für die konsequente **Bekämpfung von rechts-, links- und religiös motiviertem**
178 **Extremismus**, weil wir entschlossen unsere Demokratie mit Prävention und Verfolgung durch Polizei
179 und Verfassungsschutz verteidigen.

180 Wir kämpfen für den Erhalt des **Euro**, indem wir die in Not geratenen Staaten Europas unterstützen;
181 dabei dürfen hessische Steuergelder nicht in einem gemeinschaftlichen europäischen
182 Schuldentilgungsfonds versickern.

183 Wir fördern den Finanzplatz **Frankfurt als Zentrum der europäischen Finanzpolitik**, weil ein gut
184 regulierter Finanzmarkt Garant für viele Arbeitsplätze und Wohlstand in Hessen ist.

185 Wir spannen den **kommunalen Schutzschirm** für finanziell in Not geratene Städte, Gemeinden und
186 Landkreise auf, indem wir sie mit Landesmitteln in die Lage versetzen, durch zusätzliche eigene
187 Anstrengungen ihre Haushalte auszugleichen.

188 Wir stehen für eine leistungsgerechte **Steuer- und Abgabenpolitik**, bekämpfen
189 Steuerhinterziehung entschieden und lehnen jegliche Steuer- und Abgabenerhöhungen ab, die
190 mittlere Einkommen, Mittelstand und Handwerk belasten.

191 Wir setzen auf von den Tarifpartnern ausgehandelte, **branchen- und regionalbezogene**
192 **Lohnuntergrenzen**, weil ein flächendeckender politisch festgelegter Mindestlohn Arbeitsplätze
193 vernichtet.

194

195 **Jede Stimme zählt**

196 Am 22. September wählen Sie den Hessischen Landtag und den Deutschen Bundestag. Wir, die
197 Christlich Demokratische Union, bitten um Ihr Vertrauen.

198 Sie entscheiden über Ideen oder Ideologien, über Freiheit oder Zwang.

199 Sie haben die Wahl. Jede Stimme zählt!

200

201 **1. Chancen für jeden**

202

203 Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch. Jeder Einzelne ist Teil des Ganzen, hat aber eigene
204 Bedürfnisse und Ziele sowie Stärken und Schwächen. Aufgabe des Staates darf es nicht sein, die
205 individuelle Lebensform des Menschen vorzuschreiben oder seine persönlichen Bedürfnisse
206 festzulegen. Eine besondere Verantwortung haben wir aber für Kinder und Familien, weil sie das
207 Fundament für die Zukunft unserer Gemeinschaft sind.

208 Die CDU hat in Hessen nicht nur die Kinderbetreuung massiv ausgebaut, sondern auch seit einem
209 Jahrzehnt für einen hohen Qualitätsstandard gesorgt. Wir haben einen der höchsten
210 Versorgungsgrade von Kindern unter drei Jahren in den westdeutschen Flächenländern und ein
211 dichtes Netz von Familienzentren, die Familien in ihrem Umfeld unterstützen. Mit der von uns
212 eingeführten Familienkarte erfahren Familien und Kinder überdies eine besondere Wertschätzung.
213 Mit der seniorenpolitischen Initiative haben wir eine Vielzahl von Unterstützungsleistungen für die
214 ältere Generation gestartet.

215 Wir wollen Hessen auf dem Weg zum Kinderland weiter voranbringen. Kinderlachen ist
216 Zukunftsmusik. Wir wollen die Generationen verbinden, genauso wie wir Ungerechtigkeiten
217 zwischen Männern und Frauen beseitigen wollen. Alle Menschen sollen das Signal bekommen, dass
218 sie in Hessen Zukunftsperspektiven haben und gebraucht werden.

219

220 **Ideen und Ziele für Familien:**

- 221 • **Uneingeschränkte Wahlfreiheit** der Eltern über Ort und Bedingungen der Erziehung ihrer
222 Kinder.
- 223 • Schaffung qualitativ und quantitativ guter und flexibler **Betreuungsmöglichkeiten** für Kinder
224 unter drei Jahren über den empfohlenen Versorgungsgrad von 35 Prozent hinaus.
- 225 • Ausgestaltung attraktiver Bedingungen für **Tagesmütter** und Bekenntnis zur Wahlfreiheit
226 der Eltern in der Betreuung in Kindertagesstätten, bei Tagesmüttern oder zu Hause mit
227 Unterstützung durch das Betreuungsgeld.
- 228 • Förderung des weiteren Ausbaus des Kita-Angebots an hessischen Hochschulen, um die
229 **Vereinbarkeit von Familie und Studium** zu stärken.

- 230 • Ausbau von **Betriebskindergärten**, um die Möglichkeit zu fördern, Kinder am oder nah am
231 Arbeitsplatz zu betreuen, wie das bereits in der Landesverwaltung praktiziert wird.
- 232 • Bedarfsgerechter Ausbau der **Betreuungsmöglichkeiten an allen Schulen** als freiwilliges
233 Angebot.
- 234 • Schaffung eines Anreizprogramms zur Erschließung der "**stillen Erzieher-Reserven**", da nur
235 34 Prozent der Erzieherinnen und Erzieher in Kitas Vollzeit arbeiten.
- 236 • Unterstützung von **Existenzgründungen und Dienstleistungsangeboten**, die dazu
237 beitragen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Pflege und Beruf zu erleichtern.
- 238 • Unterstützung von „**dual-career-Strategien**“, die bei der Anwerbung hochqualifizierter
239 Wissenschaftler auch berufliche Perspektiven für den Ehe- oder Lebenspartner schaffen, um
240 den Wissenschaftsstandort für junge Familien und Partner attraktiv zu machen.
- 241 • Ausbau der **Familienzeit**, d.h. Gelegenheit zur Flexibilisierung der Arbeitszeit, um die
242 Betreuung von Familienmitgliedern im Einzelfall durch individuelle Lösungen zu
243 ermöglichen.
- 244 • Unterstützung von Müttern und Vätern beim **Wiedereinstieg in den Beruf** nach
245 Krankheitszeiten, aufgrund von Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen sowie
246 Ausweitung der Flexibilität der Arbeitszeiten und Ausbau der Telearbeit.
- 247 • Einführung eines **Hessen-Zertifikats „Premium-Betrieb“**, wenn Unternehmen
248 gesundheitsfördernde, frauenfördernde, familienfreundliche und altersgerechte
249 Arbeitsbedingungen haben.
- 250 • Schaffung von bezahlbarem **Wohnraum für Familien in Großstädten** durch gezielte
251 Förderung im Rahmen des Wohnungsbauprogramms.
- 252 • Weiterentwicklung der hessischen **Familienkarte**, um das Gemeinschaftsgefühl von Familien
253 und gemeinsame familiäre Aktivitäten zu fördern.
- 254 • Stärkung und Ausbau des erfolgreichen hessischen Modells der **Familienzentren**.
- 255 • Einberufung einer **Kommission „Kinderlachen ist Zukunftsmusik“** mit Vertreten aus
256 Parlament, Regierung, Verwaltung, Kirchen, Verbänden, Medien und privaten Initiativen mit

257 dem Ziel, praktisch anwendbare Handlungsempfehlungen für noch mehr
258 Kinderfreundlichkeit in Hessen auszuarbeiten.

259 • Einrichtung einer **Stabsstelle „Kinderschutz“**, um präventiv regulierend und gesetzgeberisch
260 dem Wohl der Kinder einen noch größeren Stellenwert einzuräumen.

261 • Bundespolitische Initiative zur Vermeidung von **Spätabtreibungen**.

262 • Bundespolitische Initiative zur verpflichtenden Aufklärung über die Möglichkeiten der
263 **Adoption im Rahmen der Schwangerschaftskonfliktberatung**.

264 • Hilfe für **werdende Mütter in Konfliktsituationen** durch spezielle Beratungsangebote sowie
265 flächendeckende Möglichkeiten zur anonymen Geburt.

266 • Ermöglichung einer **geschützten Schwangerschaft** im Rahmen eines Programms „Salomo –
267 Leben schenken“.

268 • Beteiligung an den **Kosten der künstlichen Befruchtung** im Rahmen eines Fondsmodells.

269

270 **Ideen und Ziele für Frauen:**

271 • Durchsetzung der **Gleichstellung** von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen
272 Bereichen.

273 • Beseitigung von **Lohnungleichgewichten** zwischen den Geschlechtern.

274 • Förderung der **Fachkräfteausbildung** von jungen Frauen im mathematisch-
275 naturwissenschaftlichen, technischen und ingenieurwissenschaftlichen Bereich (MINT).

276 • Verbesserung der **Frauenerwerbsquote** unter Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Beruf
277 und Familie im Rahmen der Umsetzung der Empfehlungen der Fachkräftekommission
278 Hessen.

279 • Ausweitung des Anteils von Frauen in **Führungspositionen** durch ein Mentoringprogramm.

280 • Verbesserung der Situation von **Alleinerziehenden** durch weiteren Ausbau der
281 Kinderbetreuung auch während der Schulzeit, Unterstützung beim Wiedereinstieg nach
282 Erziehungspausen und dem Hinwirken auf flexible Arbeitszeitmodelle im
283 Zuständigkeitsbereich des Landes.

- 284 • Durchführung einer **Imagekampagne** zur Unterstreichung des Stellenwerts und des
285 Selbstverständnisses von Frauen, die sich für die Familie entscheiden und einsetzen.
- 286 • Bundesratsinitiative zur angemessenen Berücksichtigung von Kindererziehung in den
287 **sozialen Sicherungssystemen**, insbesondere Anrechnung der Kindererziehungszeiten vor
288 1992 und darüber hinaus durch gerechtere Verteilung der Beitragslasten in der gesetzlichen
289 Rentenversicherung.

290

291 **Ideen und Ziele für Senioren:**

- 292 • Weitere Umsetzung der bestehenden **seniorenpolitischen Initiative** mit dem Ziel, das
293 altersgerechte Leben in Hessen zu verbessern.
- 294 • Einrichtung einer **Vermittlungsbörse „Durchstarten mit 60“** zur Nutzung von Erfahrungen
295 und Fähigkeiten im sozialen und wirtschaftlichen Bereich.
- 296 • Förderung und Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit **älterer Berufstätiger** durch frühzeitige
297 Investitionen in die Gesunderhaltung sowie alters- und altersngerechte Arbeitsplätze.
- 298 • **Fortbildungsmöglichkeiten** auch für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- 299 • Förderung der **interkulturellen Altenpflegeausbildung**. Da zukünftig viele Menschen mit
300 anderen kulturellen Hintergründen in Altenheimen betreut werden, ist es notwendig, sich
301 schon jetzt der Qualifizierung von Fachpersonal zu widmen.
- 302 • **Stärkung** des Umgangs von Seniorinnen und Senioren mit den neuen Medien.
- 303 • Schaffung einer landesweiten **Marke „Aktion GENERATION“**, um in Zusammenarbeit mit
304 Verbänden, Vereinen, Unternehmen und Institutionen älteren Menschen mehr Hilfsangebote
305 im täglichen Leben zu machen (Sitzmöglichkeiten in Supermärkten, verständliche Sprache,
306 Orientierung in Bussen und Bahnen etc.).
- 307 • **Seniorenrechte Anlaufstellen** bei den Bürgerbüros, Behörden und öffentlichen
308 Einrichtungen, um schnell, auf Basis leicht verständlicher Formulare und auf unbürokratische
309 Weise zu helfen.
- 310 • Schaffung weiterer Anreize zur Herstellung **seniorenrechtlichen Wohnraums**, von
311 Barrierefreiheit und generationenübergreifenden Wohnprojekten.
- 312

313 2. Gemeinsam stärker sein

314

315 Hessen ist ein Land, in dem Gemeinschaft und Engagement groß geschrieben werden – jeder Dritte
316 engagiert sich ehrenamtlich. Heimat und Identität heißt in Hessen auch immer: Einsatz und
317 Begeisterung für die Hilfe in der Nachbarschaft, im Verein, in der Kommune und in der Region.
318 Menschen mit Behinderungen sind selbstverständlicher Teil unserer Gemeinschaft - einer
319 Gemeinschaft, die schon immer für eine Willkommenskultur für Vertriebene und Spätaussiedler
320 stand und die heute für Migranten und ihre Kinder offen steht. Hesse ist, wer Hesse sein will - im
321 Land und in starken Kommunen. Engagement in Vereinen, Kirchen und im Sport - dieser besondere
322 hessische Weg stärkt unser Gemeinwesen, unseren Zusammenhalt und unsere Demokratie.

323 Die CDU hat in Hessen unter anderem die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ begründet, den
324 Sport massiv finanziell unterstützt, das wichtige Thema Integration in einem eigenen Ministerium
325 sowie durch zahlreiche Einzelmaßnahmen aufgewertet, das ehrenamtliche Engagement mit
326 bundesweit einmaligen Initiativen massiv gefördert und den Anteil von Menschen mit Behinderung
327 in der Landesverwaltung von Jahr zu Jahr deutlich gesteigert. Hier ist Hessen Spitze in Deutschland.

328 Als erstes Land in Deutschland hat Hessen mit dem „Kommunalen Schutzschirm“ die Entschuldung
329 von Kreisen, Städten und Gemeinden angepackt. Gemeinsam mit den Konjunkturprogramm-Mitteln
330 flossen damit rund fünf Milliarden Euro zusätzlich an die Kommunen.

331 Wir wollen diese starke Gemeinschaft in Hessen noch stärker machen. Jeder wird gebraucht und
332 kann sich einbringen. Für die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft ist stärkeres
333 bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar. Und starke Kommunen sind dafür die starke Basis.

334

335 **Ideen und Ziele für die Stärkung der Gemeinschaft:**

336 • **Abbau bürokratischer Hürden** für ehrenamtlich arbeitende Vereine und Bürgerinnen und
337 Bürger.

338 • Stärkung vorbildhafter ehrenamtlicher Initiativen und Arbeit durch eine vielfältige
339 **Anerkennungskultur** (wie Ehrenbrief etc.).

340 • Prüfung eines **Einstellungsbonus** im Öffentlichen Dienst für ehrenamtlichen Einsatz.

- 341 • Gründung einer **Bürgerkampagne „Respekt“**; wir wollen das Miteinander der Generationen
342 im Alltag durch freiwillige Übereinkünfte von Bürgern, Vereinen, Institutionen, Verbänden,
343 Stiftungen und der Wirtschaft verbessern.
- 344 • Ausweitung von Gemeinnützigen Projekten durch die **Landesstiftung „Miteinander
345 in Hessen“**, die auch die Gründung von Bürgerstiftungen und Genossenschaften fördert.
- 346 • Fortsetzung der **Kampagne „Gemeinsam Aktiv“** zur Stärkung des bürgerschaftlichen
347 Engagements, die mit Ehrenamtskarte, Ehrenamtssuchmaschine und anderen Instrumenten
348 die Anerkennungskultur in Hessen weiter verankert und nach vorne bringt.
- 349 • Prüfung der Einführung einer **Ehrenamtskarte für Jugendliche**.
- 350 • Weiterentwicklung der **Ehrenamts-Börse**, bei der sich generationenübergreifend
351 ehrenamtlich Engagierte registrieren können, um für ihre Arbeit im Sinne der Gemeinschaft
352 „Guthaben“ zu erwerben, das später eingelöst werden kann, um Unterstützung oder Hilfen zu
353 erhalten.
- 354 • Schaffung von neuartigen Netzwerken, Projekten und Konzepten zur Förderung der
355 **Nachbarschaftshilfe**.
- 356 • Initiative zum **Schutz gegen die zunehmende Gewalt** gegenüber Mitarbeiterinnen und
357 Mitarbeitern im Rettungsdienst, bei Feuerwehr, Technischem Hilfswerk oder Polizei.
- 358 • Fortsetzung der beispielhaften Förderung von **Feuerwehren, Rettungswesen und den
359 Hilfsorganisationen**.
- 360 • Beibehaltung der so genannten **„30-Millionen-Euro-Garantie“** für den Brand- und
361 Katastrophenschutz.
- 362 • Ausbau der **Landesfeuerweherschule** in Kassel.
- 363 • Erhalt und Modernisierung der **Jugendfeuerweherschule** in Marburg-Cappel.
- 364 • Unterstützung der Wehren bei der **Nachwuchsgewinnung** durch besondere Maßnahmen zur
365 Anwerbung von „Löschzwerge“.

366

367 **Ideen und Ziele für die Stärkung unserer hessischen Identität**

- 368 • Förderung der Einrichtung eines **Lehrstuhls für hessische Geschichte** an einer hessischen
369 Hochschule, um die Identifikation mit Hessen und seiner Herkunft zu stärken.
- 370 • Vergabe eines jährlichen „**Hessenstipendiums**“ auf dem Hessestag an einen Doktoranden,
371 der sich der Erforschung der hessischen Geschichte widmet.
- 372 • Stärkung der **Heimatkunde** im Sachunterricht der Grundschule.
- 373 • Förderung der **NS-Gedenkstätten** sowie der beiden **Erinnerungsstätten** an Diktatur und
374 deutsche Teilung, „Schiffersgrund“ und „Point Alpha“.
- 375 • Fortsetzung des Schwerpunktprojekts „**Politisch-Historische Aufarbeitung der SED-**
376 **Diktatur**“ bei der Landeszentrale für Politische Bildung.
- 377 • Beibehaltung des ältesten und erfolgreichen Landesfestes **Hessestag**.

378

379 **Ideen und Ziele für Kreise, Städte und Gemeinden:**

- 380 • Erhalt und Sicherung der **finanziellen Leistungsfähigkeit** der Kommunen und Kreise als Basis
381 des gesellschaftlichen und politischen Lebens und Handelns.
- 382 • Weiterentwicklung des **Kommunalen Finanzausgleichs** und zeitnahe Umsetzung des Urteils
383 des Staatsgerichtshofs zum Kommunalen Finanzausgleich. Erstmalige
384 Finanzbedarfsermittlung der hessischen Kommunen.
- 385 • Umsetzung und Begleitung des beschlossenen „**Kommunalen Schutzschirms**“ zur mittel- und
386 langfristigen Entschuldung der Kommunen; unter Federführung des Hessischen
387 Finanzministeriums werden die teilnehmenden Städte, Kreise und Gemeinden permanent
388 beraten und unterstützt.
- 389 • Einrichtung einer Stabsstelle beim Finanzministerium zur Beratung von **Nicht-Schutzschirm-**
390 **Kommunen** im Bereich der Haushaltspolitik.
- 391 • **Service- und Beratungsangebote** für Kommunen über Förder- und Darlehensprogramme in
392 Hessen sowie auf nationaler und europäischer Ebene.

- 393 • Fortsetzung des **Dialogverfahrens** zwischen Kommunen und Land sowie regelmäßige
394 Überprüfung gesetzlicher **Standards** auf ihre Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit im Sinne der
395 kommunalen Familie bzw. Öffnung von landesrechtlichen Standards für Kommunen, wo dies
396 möglich ist.
- 397 • Schaffung von Anreizen zu mehr **interkommunaler Zusammenarbeit** auch zwischen
398 Landkreisen. Dabei sind mögliche rechtliche Hemmnisse zu beseitigen und für die
399 interkommunale Zusammenarbeit innerhalb der EU eine Privilegierung durchzusetzen.
- 400 • Ermutigung der Kreise und Gemeinden, **Genehmigungsverfahren** zu verkürzen, zu
401 erleichtern und diese Verfahren in einem Ranking transparent und vergleichbar zu machen.
- 402 • Erhalt der **Wasserversorgung** als Aufgabe der kommunalen Daseinsfürsorge.
- 403 • Umsetzung und Anwendung der im **Gesetz zur Metropolregion** Frankfurt / Rhein-Main
404 gegebenen Möglichkeiten zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Ballungsraum.
- 405 • Unterstützung der ehemaligen **Kasernenstandorte** bei ihren Konversionsmaßnahmen, auch
406 gegenüber dem Bund, durch bevorzugte Abgabe der Grundstücke an die betroffenen
407 Kommunen.
- 408 • Verknüpfung des **passiven Wahlrechts mit der Volljährigkeit** auf allen Ebenen und
409 Abschaffung des Höchstalters für politische Ämter. Allein die Wählerinnen und Wähler sollen
410 über die Qualifikation von Kandidatinnen und Kandidaten entscheiden.

411

412 **Ideen und Ziele für Kirchen und Religionsgemeinschaften:**

- 413 • Klares Bekenntnis zur Achtung und zum Schutz der **Freiheit der Religionsausübung** als
414 Menschenrecht und Fundament unserer offenen, freiheitlichen und christlich-
415 abendländischen Gesellschaft.
- 416 • Bekenntnis zur **Partnerschaft und zum Dialog** mit den christlichen Kirchen, der jüdischen
417 Gemeinschaft und den muslimischen Gemeinden in Hessen.
- 418 • Beibehaltung des bewährten **Kirchensteuersystems** zur Sicherung der Unabhängigkeit der
419 Kirchen vom Staat.

- 420 • Förderung von Akzeptanz gegenüber der kulturellen und wertmäßigen Prägung unseres
421 Landes und der damit verbundenen **Existenz christlicher Symbole** im öffentlichen Raum.
- 422 • Ausbau von **Bildungsangeboten und Präventionsarbeit** in Schulen zur Förderung von
423 Toleranz und Verständnis sowie zur Aufklärung gegen Radikalisierung und den Missbrauch
424 von Religion durch Extremisten und Fundamentalisten.
- 425 • Bestandsgarantie der **christlichen Feiertage** und konsequente Einhaltung des
426 Feiertagsgesetzes und des **Sonntagsschutzes** insbesondere zum Schutz der Sonntage im
427 Advent.
- 428 • Bekenntnis zum Schutz **stiller Feiertage wie dem Karfreitag** und Aufrechterhaltung des
429 damit verbundenen Tanzverbots.
- 430 • Schutz des besonderen **Arbeitsrechts der Kirchen**, das den Kirchen als religiösen
431 Gemeinschaften zusteht und es ihnen zudem ermöglicht, ihre besondere und besonders
432 wertvolle soziale und karitative Arbeit wirkungsvoll auszuüben.
- 433 • Förderung und Anerkennung der **kirchlichen Jugendarbeit**.
- 434 • Bekenntnis zum verfassungsrechtlich garantierten bekenntnisorientierten
435 **Religionsunterricht** an allen hessischen Schulen in deutscher Sprache und unter deutscher
436 Schulaufsicht.

437

438 **Ideen und Ziele für den Sport:**

- 439 • Fortsetzung der **Förderung des Breiten- und Spitzensports** auf dem bisherigen, hohen
440 Niveau.
- 441 • Fortführung des Ausbau- und Investitionsprogramms für die **Sportstätten** in Hessen.
- 442 • Entwicklung eines neuen Konzeptes zur **Spitzensportförderung** gemeinsam mit dem
443 Landessportbund und dem Deutschen Olympischen Sportbund.
- 444 • Förderung der verstärkten Zusammenarbeit des **Hochschulsports** mit örtlichen
445 Sportvereinen und bei Sportveranstaltungen der Hochschule.

- 446 • **Stärkung der Jugendarbeit** im Bereich Schulsport, zum Beispiel durch Konzepte, um die
447 Bundesjugendspiele gemeinsam mit überregionalen Sportverbänden und Sportvereinen vor
448 Ort attraktiver zu gestalten, etwa durch einen Wettbewerb "Beste Bundesjugendspiele" mit
449 Auszeichnung der jeweiligen Schule durch das Land und die Sportorganisationen.
- 450 • Unterstützung der Sportvereine bei ihrer herausragenden Integrationsarbeit sowie beim
451 **Kampf gegen Gewalt und Rassismus.**
- 452 • Einführung eines Landeswettbewerbs „**Sportlichste Kommune in Hessen**“ mit
453 Berücksichtigung der kommunalen und ehrenamtlichen Aktivitäten.
- 454 • Gewährleistung der Sicherheit bei sportlichen **Großveranstaltungen** durch die Förderung
455 und Forderung von verstärktem Einsatz der Beteiligten.

456

457 **Ideen und Ziele für Heimatvertriebene und Spätaussiedler:**

- 458 • Fortsetzung der **Förderung** der Vertriebenen und ihrer Verbände zur Unterstützung ihrer
459 kulturellen Arbeit sowie deutscher Minderheiten im Ausland, die deutsches Kulturgut
460 pflegen und bewahren.
- 461 • Unterstützung der Forderung nach einem „**Nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht**
462 **und Vertreibung**“.
- 463 • Bestandsgarantie für die **Landesbeauftragte** sowie den **Landesbeirat** für Vertriebenen-,
464 Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, der die Landesregierung und den
465 **Landtagsunterausschuss** für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und
466 Wiedergutmachung sachkundig berät.
- 467 • Fortführung des **Hessischen Preises „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“** im Zwei-Jahres-
468 Turnus.
- 469 • Unterstützung der **Bundesstiftung** „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sowie der Stiftung
470 „Zentrum gegen Vertreibungen“ des Bundes der Vertriebenen.
- 471 • Fortsetzung der Finanzierung von Integrationsmaßnahmen für **spät ausgesiedelte Deutsche.**

472

473 **Ideen und Ziele für Integration:**

- 474 • Fortführung eines eigenen **Integrationsministeriums**.
- 475 • Fortsetzung der **erfolgreichen Arbeit** der hessischen Integrationspolitik, die mit
476 Instrumenten wie Integrationsbeirat, -konferenz, Modellregionen und Integrationspreis
477 bundesweit beispielgebend ist.
- 478 • Fortführung der schulischen **Deutsch-Vorlaufkurse** im Rahmen einer integrierten
479 Sprachförderung auf Basis flächendeckender Sprachtests für alle Kindergartenkinder, vom
480 Eintritt in die Kita bis zum Ende der Grundschule.
- 481 • Ausweitung der Kurse für „**Deutsch als Zweitsprache**“.
- 482 • Ausweitung der **Sprachförderung für Eltern** bzw. Erwachsene („Mama und Papa lernen
483 deutsch“), weil nur über Sprache die Integration überhaupt möglich ist.
- 484 • Stärkung der Angebote zur **Kulturvermittlung** für Kinder und Jugendliche mit
485 Migrationshintergrund mit dem Ziel, unter der Wahrung ihrer eigenen kulturellen Identität
486 und Herkunft die Integration in die deutsche Gesellschaft zu fördern.
- 487 • Verstärkte Einstellung von Migrantinnen und Migranten in den **Landesdienst**, vorzugsweise
488 bei der Polizei, im Schuldienst sowie bei Bürgerämtern.
- 489 • Stärkung der interkulturellen Kompetenz der **Lehrkräfte**.
- 490 • Offensive Werbung bei kleinen und mittelständischen Unternehmen mit Inhabern
491 ausländischer Herkunft für das erfolgreiche Modell der **dualen Ausbildung** in Deutschland.
- 492 • Förderung der Akquise und Sicherung von **Ausbildungsplätzen** und Plätzen zur
493 Einstiegsqualifizierung insbesondere bei Unternehmern mit Migrationshintergrund im
494 Rahmen des Programms „IUBA Handwerk“ (Internationale Unternehmen bilden aus).

495

496 **Ideen und Ziele für Menschen mit Behinderung:**

- 497 • Förderung der **gleichberechtigten Teilhabe** behinderter Menschen am gesellschaftlichen
498 Leben.
- 499 • Sicherung und Förderung des **Arbeitsmarktzugangs** für Menschen mit Behinderungen durch
500 Inklusion, mehr Information und Transparenz über Unterstützungsmöglichkeiten und auch
501 die Verbesserung der Infrastruktur.
- 502 • Ausbau der **bundesweiten Vorreiterrolle** bei der Beschäftigung von Menschen mit
503 Behinderung im öffentlichen Dienst des Landes Hessen.
- 504 • Weiterentwicklung des Hessischen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-
505 Behindertenrechtskonvention.
- 506 • Forderung nach Beteiligung des Bundes an den Kosten der **Eingliederungshilfen für**
507 **Menschen mit Behinderung**, um die finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern.
- 508 • Absage an eine Absenkung des **Landesblindengeldes**.
- 509 • Einführung eines „**Tbl**“-**Kennzeichens** für Taubblinde.
- 510 • Ausbau des Medienangebotes des Hessischen Rundfunks in **Gebärdensprache**.

511

512 **3. Bildung sichert Zukunft**

513

514 Bildung beginnt in der Familie, wird in Kinderbetreuung, Schule und Ausbildung ergänzt und
515 lebenslang fortentwickelt. Insbesondere die Grundlagen der frühen Jahre wirken übers gesamte
516 Leben weiter. Bildung muss immer individuell sein, weil jeder Mensch einzigartig ist. Bildung in
517 Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen, in Forschungseinrichtungen und in der
518 beruflichen Praxis setzen Wahlfreiheit und Wettbewerb voraus. Bildung und Forschung müssen
519 daher vielfältig sein. Deshalb kann erfolgreiche Bildung auch nicht zentral geregelt werden, sondern
520 braucht den Wettbewerb der Länder und der Bildungsinstitutionen. Deshalb verfolgt die
521 Bildungspolitik der CDU Hessen verfolgt drei Zielsetzungen: Gerechtigkeit, Durchlässigkeit und
522 individuelle Förderung.

523 **1. Gerechtigkeit:** Schaffung von möglichst gleichen Startchancen vor der Einschulung. Deshalb ist
524 die vorschulische Bildung zu fördern und auszubauen. Hierbei gilt: gleiche Startchancen bedeutet
525 nicht, dass alle auch die gleichen Ziele erreichen können.

526 **2. Durchlässigkeit:** Der Wechsel zwischen den unterschiedlichen Schulformen und Bildungsgängen
527 soll erleichtert werden, denn Kinder entwickeln sich unterschiedlich schnell, weshalb es
528 selbstverständlich sein sollte, dass unterschiedliche Wege zum Ziel führen.

529 **3. Individuelle Förderung:** Kinder und Jugendliche haben unterschiedliche Talente, Interessen, aber
530 auch unterschiedliche Leistungsbereitschaft. Individuelle Förderung garantiert, dass jeder die
531 Möglichkeit bekommt, seine Talente und Interessen bestmöglich zu entwickeln.

532 Die CDU hat in Hessen deshalb beispielsweise das Elternrecht und die freie Schulwahl gestärkt, die
533 Ausgaben für Schule und Hochschule auf historische Höchststände gebracht, mehr Lehrer bei immer
534 kleineren Klassen eingestellt und bundesweit einmalige Hochschulbau- und Forschungsinvestitionen
535 zur Verfügung gestellt. Die Zahl der Ganztagsangebote ist massiv gesteigert worden, immer weniger
536 Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss.

537 Wir stehen für die bestmögliche Förderung jedes Kindes und setzen uns deshalb für den Erhalt eines
538 gegliederten Schulsystems mit Gymnasien ein. Ebenso verteidigen wir mit Nachdruck eine
539 Schullandschaft, die nicht auf Gleichmacherei, sondern auf Leistungsbereitschaft und
540 Chancengerechtigkeit ausgerichtet ist. Leistung, Noten, Erfolge und Misserfolge wie das
541 Sitzenbleiben gehören zum Lernen und müssen Bestandteil von Schule bleiben. Wir wollen den
542 Schulen die Zeit und die Ruhe geben, mit nun erhöhten Mitteln innerhalb der geschaffenen
543 Strukturen die hessischen Schülerinnen und Schüler möglichst individuell und erfolgreich zu fördern.

544 **Ideen und Ziele für Schule und Bildung:**

- 545 • **Bestmögliche Förderung** jedes Kindes durch Chancengerechtigkeit, Durchlässigkeit und
546 Anerkennung von Individualität.
- 547 • **Erhalt eines gegliederten Schulsystems sowie eines nach Lehrämtern differenzierten**
548 **Lehrerbildungssystems, und Ablehnung von Einheitsschule und Einheitslehrern**, auch in
549 Form von schleichenden Modellprojekten durch die Hintertür.
- 550 • Unterstützung des **Bildungsauftrages der Schulen**, das Verständnis für die freiheitlich-
551 demokratische Grundordnung zu fördern, einen Beitrag zu Eigenverantwortung und
552 gesellschaftlichem Engagement zu leisten und sich damit als Teil von Wertevermittlung und
553 Orientierungshilfe zu verstehen.
- 554 • Erhalt der **individuellen Wahlfreiheit** sowie des Elternrechts auf Schulvielfalt und damit
555 Erhalt und Ausbau eines leistungs- und begabungsorientierten Bildungssystems, das einen
556 **hohen Grad an Durchlässigkeit** bietet.
- 557 • Ausbau eines „**Pakts für den Nachmittag**“ durch Land, Kommunen, Schulen, Vereinen und
558 Kirchen, der für Kinder bis 12 Jahren ein flächendeckendes Bildungs- und Betreuungsangebot
559 auf freiwilliger Basis sichert. Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso
560 unterstützt wie das gesellschaftliche Miteinander von Lernen, Freizeit und Ehrenamt. Zum
561 Pakt für den Nachmittag gehört auch ein gesundes, nahrhaftes und bezahlbares Mittagessen.
- 562 • Weiterer bedarfsgerechter **Ausbau der Ganztageschulen** in allen Profilen. Wir streben an,
563 dass die Schulzeiten ab 16:00 Uhr den Vereinen nicht im Wege stehen.
- 564 • Weiterentwicklung einer flächendeckenden **Selbständigen Schule**, in der freie
565 Entscheidungsmöglichkeiten etwa im Bereich Personalauswahl, Unterrichtsgestaltung und
566 Finanzen mit der Übernahme von Verantwortung für die Leistungsfähigkeit der Schule und
567 ihrer Absolventen übereinstimmen und im Sinne von Verlässlichkeit und
568 eigenverantwortlicher Gestaltung die Lehrerversorgung mit 105 Prozent sichergestellt wird.
- 569 • Erhalt und behutsame Weiterentwicklung des bewährten **Förderschulsystems** und Ausbau
570 der Funktion der Förderschulen als Kompetenzzentrum zur Unterstützung der Regelschulen.
- 571 • Bekenntnis zur **Inklusion** von behinderten und nicht behinderten Kindern im Rahmen der
572 pädagogischen Grenzen; Inklusion muss sich ausschließlich am Wohl der Kinder orientieren.

- 573 • Initiative für verbindliche **Erziehungsvereinbarungen** zwischen Schulen, Verwaltungen und
574 Eltern bei Kindern, die starken pädagogischen oder erzieherischen Betreuungsbedarf haben.
- 575 • Bekenntnis zum **Ersatzschulsystem**; Ersatz- bzw. Privatschulen sind fester Bestandteil der
576 hessischen Schullandschaft und sichtbarer Ausdruck der Schulvielfalt.
- 577 • Flächendeckende Weiterentwicklung der Hauptschulen und Hauptschulzweige zu **SchuB-**
578 **Schulen bzw. SchuBZweigen** („Schule und Beruf“).
- 579 • Ausbau des **Praxisbezuges** in der Schulausbildung, insbesondere in den Hauptschulen, an
580 den Hauptschulzweigen, den Realschulen und Realschulzweigen, an den Mittelstufenschulen
581 sowie eine generelle Einführung des Berufswahlpasses.
- 582 • Stärkung der **dualen Ausbildung** – unser Ziel ist es, junge Menschen ohne Warteschleifen
583 direkt in die duale Ausbildung zu bringen.
- 584 • Gründung weiterer **„Selbständiger Beruflicher Schulen“** (SBS), die mit Hilfe eines
585 Qualitätsmanagements wichtige Qualitätsprozesse zur Erfüllung ihres Bildungs- und
586 Erziehungsauftrags entwickeln und optimieren.
- 587 • Prüfung der Umsetzung des Modells der IHK-Organisation zur Reform der betrieblichen
588 Ausbildung **„Dual mit Wahl“** gemeinsam mit den Partnern der dualen Ausbildung.
- 589 • Förderung des Verständnisses für **unternehmerisches Handeln** in der Schule; Intensivierung
590 der Zusammenarbeit von Schulen und Wirtschaft sichert die frühzeitige berufliche
591 Orientierung.
- 592 • Stärkere Vernetzung von Schulen mit **Mittelstand und Handwerk**, um frühzeitig künftige
593 Auszubildende ansprechen zu können.
- 594 • Intensivierung der Verbindung zwischen Schule und Wirtschaft durch Ausweitung der
595 **Mittelstufenschule** und bereits laufender Programme.
- 596 • Weitere Verbesserung der **Ausbildungsreife von Schulabgängern**.
- 597 • Unterstützung von **bundesweit einheitlichen Abiturstandards** für Schülerinnen und Schüler
598 unter der Voraussetzung der Einhaltung des hohen hessischen Niveaus.
- 599 • Unterstützung der Initiative für eine höhere Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse, um
600 **Mobilität innerhalb Deutschlands** zu vereinfachen.

- 601 • Intensivierung der **Sprachförderung** von der Kita bis in die Grundschule einschließlich der
602 schulischen Vorlaufkurse für Kinder ohne oder mit wenig Deutschkenntnissen.
- 603 • Fortentwicklung **des muttersprachlichen Unterrichtes** zu einem ordentlichen
604 Unterrichtsfach der 2. oder 3. Fremdsprache nach Bedarf.
- 605 • Ausbau des **bilingualen Angebots** (Deutsch und Fremdsprache) auf freiwilliger Basis sowie
606 Ermöglichung des Erlernens der englischen Sprache ab Klasse 1.
- 607 • Ausweitung von **Förderangeboten für versetzungsgefährdete Schülerinnen und Schüler** in
608 den Ferien nach dem Beispiel der bereits erfolgreich eingeführten, so genannten
609 „Ostercamps“.
- 610 • Beibehaltung des **„Sitzenbleibens“** und der Querversetzung, durch die es
611 leistungsschwächeren Schülern ermöglicht wird, Versäumtes nachzuarbeiten und sich dem
612 jeweiligen Leistungsniveau wieder anzupassen; „Sitzenbleiben“ darf nicht als „Abstrafung“
613 verstanden, sondern soll als Chance, sich zu verbessern.
- 614 • Weitere **Senkung der Zahl von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss**, nachdem diese
615 bereits in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert wurde.
- 616 • Ausbau **neuer Lern- und Lehrformen** unter Einbeziehung neuer Medien.
- 617 • Förderung des Interesses an **mathematisch-naturwissenschaftlichen, technischen und**
618 **ingenieurwissenschaftlichen Fächern** (sogenannten MINT-Fächern).
- 619 • Förderung von **„Leistungsstarken Schülern“** und **Hochbegabten** durch weitere
620 Unterstützung und Weiterentwicklung von Schulen mit dem Gütesiegel Hochbegabung und
621 die weitere Unterstützung der Internatsschule Schloss Hansenberg im Rheingau.
- 622 • Erhalt des verpflichtenden **Sportunterrichts** in allen Jahrgangsstufen bei gleichzeitiger
623 Öffnung für neue Sportarten, die bislang nicht an den Schulen unterrichtet werden.
- 624 • Förderung von Schülerinnen und Schülern, die **Höchstleistungen** im Sport erbringen (z. B.
625 durch angemessene Unterrichtsbefreiung bei Wettbewerben) sowie Förderung des
626 Breitensportgedankens (z. B. durch Zusammenarbeit mit den örtlichen Sportvereinen);
627 „Programm Schule und Sport“.
- 628 • Ausbau von **Schulen zur Förderung sportlicher Talente**.

- 629 • Fortschreibung und Fortentwicklung der Programme im Bereich „**Schule und Gesundheit**“.
- 630 • Auflage eines gemeinsamen Programms mit Kreisen, Städten und Gemeinden **zur Sanierung**
- 631 **der sanitären Anlagen an Schulen.**
- 632 • Sicherstellung der verlässlichen **Unterrichtsversorgung** an allen hessischen Schulen.
- 633 • Offensive bei angehenden Lehramtsstudierenden für **Mangelfächer** und Förderung des
- 634 Einsatzes pensionierter Lehrer in Mangelfächern.
- 635 • Individuelle Förderung der schulformbezogenen **Qualifizierung von Erziehern und Lehrern,**
- 636 vielfältiger Lehreraus- und -weiterbildung und frühzeitiger Praxisanteile während des
- 637 Studiums durch Praxissemester.
- 638 • Entwicklung von Fördermöglichkeiten im **Laufbahnrecht** für Lehrer.
- 639 • Stärkung der **interkulturellen Kompetenz** der Lehrkräfte und Ausbau der Gewinnung von
- 640 Lehrkräften mit Migrationshintergrund.
- 641 • Etablierung des Themas "**Medienkompetenz** junger Menschen" als prüfungsrelevanter
- 642 Bestandteil der Lehrerausbildung in der ersten und zweiten Phase.
- 643 • Weiterentwicklung der Professionalisierung der **Schulleiter** durch Fortbildungsmaßnahmen
- 644 und eine zielgerichtete, verbesserte Personalauswahl sowie die Möglichkeit aus den der
- 645 Schule zur Selbstverwaltung überlassenen Mitteln auch Verwaltungskräfte zu beschäftigen.
- 646 • Durchführung eines Pilotprojekts „**Schulverwaltung in einer Hand**“, in der die Aufgaben des
- 647 Schulamtes und des Schulträgers (äußere und innere Schulverwaltung) aus einer Hand
- 648 erfolgen sollen.
- 649 • Übernahme der **Schülerbeförderungskosten** auch für Gymnasiasten der Jahrgangsstufe 10
- 650 an G8-Gymnasien.
- 651 • Schrittweise Einführung des **Punktesystems** in der Sekundarstufe I.
- 652 • Ermöglichen eines Besuchs einer **NS-Gedenkstätte** sowie einer **Erinnerungsstätte an**
- 653 **Diktatur und deutsche Teilung** für alle hessischen Schüler.

- 654 • Unterstützung der Teilnahme der hessischen Schulen an **europäischen und internationalen**
655 **Programmen** und des Erwerbs sprachlicher Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler, auch
656 in Haupt- und Realschulen.
- 657 • Beibehaltung der Zusammenarbeit mit den **Jugendoffizieren** der Bundeswehr im Unterricht.
- 658 • Stärkung der **Leseförderung** auch durch Zusammenarbeit mit bürgerschaftlichen Initiativen.
- 659 • **Direktwahl der Schülerversammlungen** auf allen Ebenen und Förderung der Möglichkeiten der
660 Online-Beteiligung für alle Schülerinnen und Schüler.
- 661 • Ausbau und verstärkter Einsatz von **digitalen Lehr- und Lernmedien** in hessischen Schulen,
662 z.B. durch den verstärkten Einsatz von digitalen Bücherlizenzen.
- 663 • Erweiterung der Möglichkeiten zum **E-Learning** in der beruflichen Weiterbildung.
- 664 • Förderung des kostenfreien Zugangs zu wissenschaftlicher **Literatur im Internet**, die
665 ausschließlich durch öffentlich finanzierte Forschung entstanden ist, mit dem Ziel möglichst
666 weitreichender Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse.
- 667 • Ausbau der Idee des **Hessen-Campus** zusammen mit Wirtschaftsverbänden und
668 Gewerkschaften sowie der Erwachsenenbildung an den Volkshochschulen.
- 669 • **Lebenslanges Lernen** zum Standard in Hessen machen.
- 670

671 **Ideen und Ziele für Wissenschaft und Hochschulen**

- 672 • Erhalt der **vielfältigen Fachhochschul- und Universitätslandschaft**, um ein starkes,
673 wissenschaftlich breit aufgestelltes und wohnortnahes Spitzenbildungsangebot in ganz
674 Hessen zu gewährleisten.
- 675 • Erneuerung des **hessischen Hochschulpakts** über das Jahr 2015 hinaus, um den Hochschulen
676 auch zukünftig Planungssicherheit und eine verlässliche Grundfinanzierung zu ermöglichen.
- 677 • **Verlängerung des Hochschulpakts 2020** zwischen Bund und Ländern, um steigender
678 Studiennachfrage auch in Zukunft gerecht zu werden.
- 679 • Fortführung des Prozesses der **Landeshochschulentwicklungsplanung**, um die
680 standortübergreifenden Interessen zusammenzuführen und die hessischen Hochschulen zu
681 einer starken Gemeinschaft im nationalen und internationalen Wettbewerb zu machen.
- 682 • Fortführung des Hochschulbauprogramms „**HEUREKA**“, mit einem Gesamtvolumen von drei
683 Milliarden Euro bis 2020, um die Hochschulbauten weiter zu modernisieren.
- 684 • Erweiterung der Möglichkeit der Hochschulen, selbst als **Bauherr** tätig zu werden und damit
685 deren Eigenverantwortung weiter zu stärken.
- 686 • Weiterentwicklung der **Leistungsorientierten Mittelzuweisung**, die den Hochschulen eine
687 verlässliche Grundfinanzierung gewährleistet und Anreize zu höherer Qualität schafft.
- 688 • Weitere Erhöhung des **Frauenanteils** im Wissenschaftsbereich durch Schaffung von Anreizen
689 über die Leistungsorientierte Mittelzuweisung.
- 690 • Unterstützung von „**dual-career-Strategien**“, die bei Anwerbung hochqualifizierter
691 Wissenschaftler auch berufliche Perspektiven für den Ehe- oder Lebenspartner schaffen, um
692 den Wissenschaftsstandort für junge Familien und Partner attraktiv zu machen.
- 693 • Förderung des weiteren Ausbaus des **Kita-Angebots** an hessischen Hochschulen, um die
694 Vereinbarkeit von Familie und Studium zu stärken.
- 695 • Stärkung der **Qualitätssicherung im Promotionsverfahren** im Dialog mit den Hochschulen
696 und unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats.
- 697 • Prüfung, ob **forschungsstarken Fachbereichen an Fachhochschulen** das Promotionsrecht
698 verliehen werden kann.

- 699 • Unterstützung von Hochschulen und Universitäten bei der Pflege und dem Ausbau ihrer
700 **internationalen Kontakte und Partnerschaften.**
- 701 • **Fortentwicklung** des Studierendenparlaments zu einer Konferenz der
702 Fachschaftsvertretungen, um eine möglichst breite Vertretung der Studierenden zu sichern.
- 703 • Umsetzung der sogenannten „**Lissabon-Konvention**“, wonach nicht mehr Studierende die
704 Gleichwertigkeit anzuerkennender Leistungen, sondern die Hochschulen die wesentlichen
705 Unterschiede beweisen müssen.
- 706 • **Ablehnung von Studiengebühren.**
- 707 • Ausbau des Angebots an **studentischem Wohnraum** durch Unterstützung der hessischen
708 Studentenwerke und privater Bauträger entsprechend dem hessischen
709 Wohnungsbauprogramm, damit auch sozial Schwächere nicht durch hohe
710 Studiennebenkosten von der Hochschule ferngehalten werden.
- 711 • Ausweitung des Einsatzes von **e-learning-Projekten** und mit modernen
712 Kommunikationsmitteln realisierbarer Studienangebote, um berufstätigen Studierenden
713 größtmögliche Flexibilität zu ermöglichen und Studieren von zu Hause möglich zu machen.
- 714 • Frühzeitiger Kontakt von **Schülerinnen und Schülern** mit Professoren, Lehrstuhlmitarbeitern
715 und Studierenden, um Studieninhalte und -anforderungen praktisch zu erfahren.
- 716 • Weiterentwicklung der hessischen Hochschulen als Ort der **Weiterbildung** für Berufstätige
717 und Ältere (als Gasthörer oder in Form eines Seniorenstudiums).

718

719 **Ideen und Ziele für die Forschung:**

- 720 • Stärkung und Ausbau der gemeinsamen länderübergreifenden Förderung von Einrichtungen
721 **international wettbewerbsfähiger Spitzenforschung** an Hochschulen über die
722 Exzellenzinitiativen von Bund und Ländern hinaus. Sollte für die Weiterentwicklung des
723 Wissenschaftssystems eine Änderung der Rechtsordnung erforderlich sein, werden wir uns
724 dieser nicht verschließen. Voraussetzung ist der Erhalt der alleinigen Kompetenz der Länder
725 für alle weiteren Belange der Hochschulen und für die allgemeine Bildung. Nur so kann das
726 gewachsene Profil der erfolgreichen hessischen Hochschulen erhalten und fortentwickelt
727 werden.

- 728 • Ablehnung sogenannter „**Zivilklauseln**“, um die Freiheit der Forschung und Verantwortung
729 der Forscher zu stärken anstatt zu ideologisieren.
- 730 • Stärkung Hessens als **Forschungs- und Innovationsstandort** internationalen Ranges mit dem
731 Ziel, Forschungsschwerpunkte zu forcieren und Alleinstellungsmerkmale in der
732 Spitzentechnologie herauszustellen, die die Arbeitsplätze von morgen sichern.
- 733 • Fortführung des bundesweit einmaligen Forschungsförderprogramms **LOEWE** mit einem
734 Fördervolumen von bisher bereits rund 450 Millionen Euro.
- 735 • Aufzeigen einer verlässlichen Perspektive für alle Projekte der **Exzellenzinitiative** durch
736 Verhandlung eines Verstetigungsprogramms mit dem Bund.
- 737 • Prüfung und frühzeitige Planung potentiell neuartiger Institute der Spitzenforschung
738 (**Fraunhofer, Helmholtz sowie Max-Planck-Institute**) zur Ansiedlung in Hessen.
- 739 • Ausrichtung innovativer Förder- und Unterstützungsprogramme mit dem Ziel, Hessen
740 deutschlandweit zu dem **ersten Anlaufpunkt für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -**
741 **wissenschaftler aus allen Teilen der Welt zu machen.**
- 742 • Aufbau eines Programms „**Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs**“ zur
743 Etablierung verlässlicher Karriereoptionen für Nachwuchswissenschaftler.
- 744 • Förderung der Einführung eines **Faculty-Tenure-Tracks** an hessischen Hochschulen, der
745 besonders qualifizierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern nach einer
746 Erprobungsphase die Möglichkeit einer Lebenszeitprofessur eröffnet.
- 747 • **Stärkung der errichteten Wissenschaftszentren** (z.B. Houses of Logistics and Mobility, of
748 Pharma, of IT sowie of Finance) und Forcierung ihrer Vernetzung.
- 749 • Weitere **Vernetzung** von Hochschulforschung, außeruniversitärer Forschung und
750 Wirtschaftsunternehmen, um die Forschungsexzellenz in Hessen zu stärken.
- 751 • Unterstützung der Vernetzung hessischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit den
752 besten Köpfen weltweit durch ein Programm „**Hessens Forschung leuchtet global**“.
- 753 • Verbesserung der Einwerbung von europäischen Forschungs- und Drittmitteln durch
754 Schaffung **effizienter Beratungsstrukturen.**

- 755 • Bündelung aller forschungs- und technologierelevanten Zuständigkeiten und
756 Förderprogramme in einem **Hessischen Zukunftsministerium**.
- 757 • Schaffung eines **Innovationsbeirates** mit Nachwuchswissenschaftlerinnen und -
758 wissenschaftlern aus Universitäten, Fachhochschulen sowie privaten und staatlichen
759 Forschungseinrichtungen.
- 760 • Stärkung des **Wissens-Technologie-Transfers** durch Unterstützung strategischer
761 Partnerschaften, die am Profil der Hochschulen ausgerichtet sind.
- 762 • Förderung von **Experimentalfakultäten** neuen Typs, die thematisch auf große
763 interdisziplinäre Herausforderungen zugeschnitten sind.
- 764 • Schaffung eines wissenschaftlichen Netzwerks zur **Energiesystemforschung** in Hessen, um
765 die technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Umsetzung der Energiewende zu
766 fundieren.

767

768

769 **4. Sicher leben**

770

771 Der Staat hat für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Verbrecher müssen verfolgt,
772 Opfer geschützt werden. Die Menschen müssen sich in ihren Wohnungen, auf Straßen und Plätzen
773 sowie in Bussen und Bahnen sicher fühlen können. Der Rechtsstaat muss gegenüber Feinden unserer
774 freiheitlichen Demokratie hart durchgreifen, was effiziente und moderne Fahndungsmethoden
775 sowie Einsatzmittel voraussetzt. Eine stabile und verlässliche Justiz mit guten organisatorischen
776 Strukturen ist auch ein Garant für unsere Wirtschaft.

777 Die CDU hat deshalb in Hessen beispielsweise die am modernsten ausgestattete und bestbezahlte
778 Polizei in ganz Deutschland geschaffen. Die Aufklärungsquote von Straftaten ist so hoch wie nie, die
779 Anzahl der Straftaten auf dem niedrigsten Niveau seit Jahrzehnten. Mit neuen
780 Schwerpunktstaatsanwaltschaften und den Häusern des Jugendrechts haben wir unsere erfolgreiche
781 Sicherheitsarchitektur um neue Strafverfolgungs- und Präventionsansätze ergänzt.

782 Wir wollen, dass sich die Menschen in Hessen auch zukünftig sicher fühlen, dass die Straftaten
783 weiter zurückgehen, die Verbrechen aufgeklärt werden. Wir werden auch auf Bedrohungen wie
784 Internet- und Wirtschaftskriminalität sowie Terrorismus die richtigen Antworten geben.

785

786 **Ideen und Ziele für Sicherheit und Ordnung:**

787 • Weiterer Ausbau der Präsenz von **Polizei vor Ort**, um das Sicherheitsgefühl der Menschen
788 weiter zu erhöhen.

789 • Anwendung **modernster Fahndungsmethoden**, um die Aufklärungsquote von Straftaten
790 weiter zu steigern.

791 • Ausbau präventiver Maßnahmen und der Präventionsarbeit auf Grundlage des landesweit
792 erfolgreichen Modells „**Netzwerk gegen Gewalt**“.

793 • Evaluation, Weiterentwicklung und Stärkung des **Freiwilligen Polizeidienstes**.

794 • Sicherung der Spitzenstellung der hessischen Polizei bei der technischen **Ausstattung** der
795 Beamten und der Ausrüstung zur Verbrechensbekämpfung.

796 • Konsequenter Ausbau der **Videoüberwachung** im öffentlichen Raum zur Vermeidung und
797 Bekämpfung von Straftaten an Kriminalitätsschwerpunkten.

- 798 • Schutz der Bürger vor kriminellen Methoden und Cybermobbing im Internet durch Aufbau
799 einer „**Internetwache**“, in der Cybercops und Staatsanwälte gemeinsam gezielt fahnden und
800 verfolgen.
- 801 • Zusammenarbeit von Forschung, Wirtschaft und Verwaltung zur Steigerung und
802 Gewährleistung, Koordinierung und Intensivierung der **IT-Sicherheit**.
- 803 • Einführung einer **Meldepflicht bei erheblichen IT-Sicherheitsvorfällen** für
804 Telekommunikationsunternehmen und Betreiber kritischer Infrastrukturen, um
805 staatlicherseits schnell und gezielt handeln zu können.
- 806 • Ausbau und Weiterführung **länderübergreifender Zusammenarbeit** von Polizei und
807 Behörden.
- 808 • **Konsequente Verfolgung** von Extremismus jeder Art, um das friedliche und freie
809 Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in Hessen zu gewährleisten.
- 810 • Fortführung des „**Kompetenzzentrums Extremismus**“ durch Bündelung aller Maßnahmen
811 zur Bekämpfung von rechts-, links- sowie religiös motiviertem Extremismus.
- 812 • Bekenntnis zum **Verfassungsschutz**, um Rechts- wie Linksextremismus, islamistischen Terror
813 oder ausländische Spionagetätigkeit wirksam bekämpfen zu können.
- 814 • Vorstoß mit anderen Ländern zur **Strafbarkeit** linksextremer und noch nicht unter Strafe
815 gestellter rechtsextremer **verfassungsfeindlicher Symbole**.
- 816 • Stetige Weiterentwicklung des **Anti-Terror-Konzepts**, wie z.B. konsequentes Vorgehen
817 gegen Salafisten.
- 818 • Entwicklung eines „**Aussteigerprogramms Islamismus**“ nach Vorbild der erfolgreichen
819 Programme zum Ausstieg aus anderen verfassungsfeindlichen Gruppierungen.
- 820 • Durchführung schneller und strenger **Vereinsverbote für salafistische sowie links- und**
821 **rechtsextremistische Vereine und andere Gruppen**, welche die demokratische und
822 freiheitliche Grundordnung sabotieren.
- 823 • Ausweitung der Maßnahmen zum **Opferschutz** mit Betroffenen sowie relevanten Vereinen
824 und Verbänden (wie z.B. dem Weißen Ring), gegebenenfalls im Wege bundesweiter
825 Initiativen und Maßnahmen zum Schutz vor Mobbing, auch im Netz.

- 826 • Intensivierung der **Bekämpfung von menschenverachtenden Deliktsformen** wie z.B.
827 Menschenhandel, Zwangsprostitution, Pädophilie oder Kinderpornographie durch
828 Zusammenwirken aller relevanten Sicherheitsstellen.
- 829 • Schaffung eines Aktionsbündnisses „**Sicherheit in Bussen und Bahnen**“ mit allen
830 Verkehrsgesellschaften, das neben der Sicherheit auch die Ziele Ordnung und Sauberkeit
831 verfolgt.
- 832 • Landesweite Kampagne unter Mitwirkung von Wohnungsgesellschaften, Ordnungsämtern
833 und Sicherheitsfirmen, um gezielt **Wohnungseinbrüchen** vorzubeugen.
- 834 • Umsetzung von Maßnahmen und Konzepten zur Eindämmung von **Gewalt bei**
835 **Sportveranstaltungen** in Stadien oder bei sonstigen Großereignissen.
- 836 • **Ablehnung jeglicher Versuche zur Entkriminalisierung** von Delikten wie Ladendiebstahl,
837 Schwarzfahren, Drogenmissbrauch, Schmierereien etc.
- 838 • Konsequente Durchsetzung des **Vermummungsverbotes** bei öffentlichen Versammlungen.
- 839 • Bekenntnis zum **Bundeswehrstandort Hessen** als bedeutsamer Pfeiler der Sicherheit in der
840 Bundesrepublik Deutschland.

841

842 **Ideen und Ziele für Justiz und Recht:**

- 843 • Erhalt einer **flächendeckenden Gerichtsstruktur** für alle Gerichtszweige. Wir werden die
844 Ausweitung von auswärtigen Gerichtstagen gerade in strukturschwachen Gebieten gründlich
845 und umfassend prüfen.
- 846 • Einsatz zur **Erhaltung des Standortes des Bundessozialgerichtes in Kassel**, der für uns
847 größte Priorität hat.
- 848 • Einrichtung weiterer **Häuser des Jugendrechts** zur Bekämpfung der Jugendkriminalität.
- 849 • Nutzung von so genannten „**Teen-Courts**“, um das Rechtsempfinden junger Menschen zu
850 stärken.
- 851 • Konsequente Anwendung des **Warnschussarrests** zur schnellen und gezielten Abschreckung
852 jugendlicher Straftäter.

- 853 • Errichtung einer eigenen **Jugendarrestanstalt für Nordhessen**, in Ergänzung zu den
854 bestehenden Einrichtungen.
- 855 • Wiederherstellung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses bei der Anwendung von
856 **Erwachsenenstrafrecht** bei Jugendlichen, so dass Heranwachsende in der Regel nicht mehr
857 nach "**Jugendstrafrecht**" verurteilt werden. Das Strafgesetzbuch hat auch in diesem Bereich
858 ausreichend Möglichkeiten, eine angemessene Strafe auszusprechen.
- 859 • Aufnahme weiterer **Strafformen** (z.B. Führerscheinentzug auch außerhalb von
860 Straßenverkehrsdelikten) neben Geld- und Freiheitsstrafen in das Strafgesetzbuch.
- 861 • Eindämmung und Bekämpfung der illegalen Paralleljustiz (z.B. sog. Scharia-Richter),
862 gemeinsam mit islamischen Gemeinden und Autoritäten. Unterstützung einer Reform des
863 Personenstandsgesetzes zur Stärkung der Rechte von Frauen und zum Schutz vor
864 Zwangsehen.
- 865 • Unterstützung einer Gesetzesinitiative, die Frauen - so genannten „Importbräuten“ - einen
866 eigenen **rechtlichen Aufenthaltsstatus** gewährt, um sie aus ihrer Notlage zu befreien.
- 867 • Stärkung juristischer Inhalte im Schulfach „**Politik und Wirtschaft**“, um Verständnis für
868 unsere rechtsstaatliche und freiheitliche Demokratie zu wecken.
- 869

870 **5. Wirtschaft schafft Arbeit**

871

872 Hessen zählt zu den wirtschaftsstärksten Ländern in Deutschland und Europa. Die gesunde
873 Wirtschaftsstruktur aus Industrie, Handwerk und Dienstleistung macht die hessische Wirtschaft
874 krisensicher. Das ist der Erfolg engagierter Unternehmer und gut ausgebildeter Arbeitnehmerinnen
875 und Arbeitnehmer sowie einer Politik, die wirtschaftlichem Wohlstand und sicheren Arbeitsplätzen
876 klaren Vorrang verschafft. Nicht staatliche Überregulierung, dauerhafte Subventionen und mehr
877 Steuern und Abgaben stützen unsere Wirtschaft, sondern verlässliche Rahmenbedingungen und das
878 Vertrauen in verantwortungsvolles Handeln von Unternehmern und Betriebsräten.

879 Die CDU hat beispielsweise in Hessen als einzigem Bundesland frühzeitig in der Wirtschafts- und
880 Finanzkrise ein Sonderkonjunkturprogramm mit über 1,9 Milliarden Euro aufgelegt, das zur
881 Stabilisierung der Wirtschaft und zum Erhalt zehntausender Arbeitsplätze beigetragen hat. Durch
882 weiter erhöhte Verkehrsinfrastrukturinvestitionen, mittelstandsfreundliche Vergaberegeln,
883 Forschungsförderung und den weiteren Bürokratieabbau haben wir die Weichen für eine weiterhin
884 positive wirtschaftliche Entwicklung gestellt.

885 Wir wollen, dass die Menschen an diesem wirtschaftlichen Erfolg teilhaben. Wir verfolgen die Politik
886 der Sozialen Marktwirtschaft, in der der ehrliche Unternehmer gemeinsam mit seinen
887 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Interesse der Verbraucher handelt.

888

889 **Ideen und Ziele für Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk:**

- 890 • Unterstützung der erfolgreichen hessischen Wirtschaft als **Grundlage für Wohlstand und**
891 **Sicherheit in unserem Land.**
- 892 • Fortsetzung einer **Politik für mehr Arbeitsplätze**, die bereits jetzt zum höchsten Stand der
893 Beschäftigung in der Geschichte des Landes geführt hat.
- 894 • Klares Bekenntnis zum **verantwortungsbewussten Unternehmertum**, das gelebte Praxis in
895 den meisten hessischen Betrieben ist.
- 896 • Klare Ablehnung und **konsequentes Vorgehen gegen rechtswidriges und**
897 **arbeitnehmerfeindliches Handeln** einzelner Unternehmen.

- 898 • Ausrichtung der **Wirtschaftsförderpolitik** des Landes auf die jeweils spezifischen Interessen
899 der mittelständischen Wirtschaft, des Handwerks und der Industrie sowie des
900 Dienstleistungssektors.
- 901 • Konzentration der Wirtschaftsförderpolitik auf solche Programme, die beim **Aufbau von**
902 **Strukturen** helfen oder einen An Schub geben, jedoch nicht auf Dauer angelegt sind.
- 903 • Professionelle Beratung und zielgerichtete Förderung der hessischen Wirtschaft,
904 ansiedlungswilliger Unternehmen sowie von Existenzgründern durch die **Hessen-Agentur** als
905 Grundpfeiler der Landeswirtschaftsförderung.
- 906 • **Reduzierung regulierender Vorschriften** für Mittelstand und Handwerk sowie Prüfung einer
907 **Bundratsinitiative**, um den durch die Gesetzgebung des Bundes verursachten **Erhebungs-**
908 **und Kontrollaufwand** insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen weiter zu
909 reduzieren.
- 910 • Einhaltung tariflicher Standards (Tariftreue) bei der **Vergabe** öffentlicher Aufträge und
911 Ablehnung vergabefremder Kriterien.
- 912 • Abbau von Hindernissen für die Beteiligung kleiner und mittelständischer Unternehmen bei
913 öffentlichen Ausschreibungen und Beibehaltung der **Vergabefreigrenze** von 100.000 Euro je
914 Gewerk bei freihändiger Vergabe bzw. von 1 Million Euro bei beschränkter Ausschreibung.
- 915 • Ausbau der hessischen **Außenwirtschaftsförderung** durch Stärkung der „Hessen Trade &
916 Invest GmbH“ mit dem Ziel, den Außenhandel auszuweiten, ausländische Investitionen in
917 Hessen zu forcieren sowie zur Unterstützung hessischer Unternehmen im Ausland.
- 918 • Aufbau **eines Venture-Capital-Fonds** unter Einbeziehung der Wi-Bank.
- 919 • Gezielte Unterstützung von **Unternehmensneugründungen** durch eine Fortführung der
920 bisherigen Gründungsförderung insbesondere bei innovationsorientierten Unternehmen
921 („GuW-Gründung“ und „GuW-Wachstum“).
- 922 • Landesweite Offensive zur Förderung der **Unternehmensnachfolge**.
- 923 • Schaffung einer hessenweiten **Börse für Unternehmer**, die einen Nachfolger suchen bzw. für
924 Unternehmensgründer, die ein Unternehmen übernehmen wollen.

- 925 • Stärkung und Förderung der **strategischen Landesbeteiligungen** (z.B. Messe Frankfurt,
926 Fraport AG, Helaba, Nassauische Heimstätte).
- 927 • Stärkung des **Messeplatzes** Frankfurt sowie Unterstützung der weiteren hessischen
928 Messestandorte sowie von Regionalausstellungen der mittelständischen Wirtschaft.
- 929 • Durchführung einer **Innovations- und Zukunftsmesse** in Zusammenarbeit mit der Messe
930 Frankfurt.
- 931 • Entwicklung, Förderung und Unterstützung von neuen, insbesondere interkommunal
932 ausgerichteten **Gewerbe- und Industrieparks** und Bündelung diesbezüglicher Förderungen
933 auf nationaler und europäischer Ebene.
- 934 • **Verhinderung von Sondersteuern** und –abgaben, wie zum Beispiel für den Abbau von Sand,
935 Kies oder den sogenannten „Wassercent“, die Bürger und Wirtschaft weiter belasten.
- 936 • Sicherung des Fachkräftebedarfs auf Grundlage des Berichts der „**Fachkräftekommission**
937 **Hessen**“ durch Umsetzung des dort vereinbarten Maßnahmenpaketes.
- 938 • Fortführung des **Innovationspreises** Hessen für erprobte Modelle zur Bekämpfung des
939 Fachkräftemangels.
- 940 • Stärkung des **dualen Ausbildungssystems** und Optimierung des Übergangs von Schule und
941 Beruf. Unter anderem wollen wir die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in
942 Übergangssystemen bis 2020 halbieren.
- 943 • Nachqualifizierung von Personen, die bislang keine Schul- oder Berufsausbildung haben und
944 **Förderung** von Projekten zur Qualifizierung junger Menschen ohne abgeschlossene Schul-
945 oder Berufsausbildung.
- 946 • Reduzierung der **Ausbildungsabbrüche** durch frühzeitige und verbesserte
947 Berufsorientierung.
- 948 • Verbesserung der **Rahmenbedingungen** für klein- und mittelständische Unternehmen, die
949 ausbilden wollen und können.
- 950 • Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, den Kammern, den Gewerkschaften und
951 Arbeitnehmervertretungen zur Fortführung der **Ausbildungsprogramme** des Landes Hessen.

- 952 • Fortsetzung der Unterstützung **überbetrieblicher Berufsbildungsstätten**, überbetrieblicher
953 Lehrgänge und Weiterbildung insbesondere der Programme zur Erstausbildung.
- 954 • Ausbau des **dualen Studiums** an hessischen Fachhochschulen und Berufsakademien, um die
955 Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken.
- 956 • Kategorische Ablehnung der Pläne der EU-Kommission, die Zuständigkeit in der
957 **Berufsausbildung** den Mitgliedstaaten zu entziehen.
- 958 • Stärkung Hessens als „**Apotheke Deutschlands**“ durch Fortsetzung der **Initiative**
959 **Gesundheitsindustrie Hessen**, um gemeinsam mit Unternehmen der Gesundheitsindustrie,
960 der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), dem Verband der Chemischen
961 Industrie (VCI) sowie Vertretern aus Wissenschaft und Forschung die Gesundheitsindustrie
962 in Hessen zu stärken.

963

964 **Ideen und Ziele für sichere Arbeitsplätze:**

- 965 • Achtung der **Freiheit der Tarifpartner** bei der Lohnpolitik.
- 966 • Konsequente **Fortführung** der von CDU-geführten Bundesregierungen geschaffenen
967 gesetzlichen Grundlagen für Lohnuntergrenzen (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und
968 Arbeitnehmer-Entsendegesetz) und Unterstützung von branchen- und regionenspezifischen
969 **Lohnuntergrenzen** in den Bereichen, in denen keine Tarifverträge gelten, zur Bekämpfung
970 von Lohndumping.
- 971 • **Ablehnung eines politisch motivierten, flächendeckenden, bundesweit einheitlichen,**
972 **gesetzlichen Mindestlohns.**
- 973 • Bündnis von Politik, Tarifparteien und Arbeitsagenturen zur Bekämpfung des **Missbrauchs**
974 **bei Zeitarbeit, befristeten Arbeitsverträgen und Werkverträgen sowie bei Praktika;**
975 Berufsanfänger sollten zukünftig spätestens nach zwei Jahren Sicherheit für ihre persönliche
976 Lebensplanung haben.
- 977 • Förderung, Ausbau und Weiterentwicklung von Arbeitsmarkt-, Aus- und
978 **Fortbildungsprogrammen**, insbesondere für Langzeitarbeitslose, gering Qualifizierte,
979 Alleinerziehende und ältere Arbeitslose.

- 980 • Unterstützung der vorbildlichen Programme der hessischen **Optionskommunen** zur
981 Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt.
- 982 • Kampf gegen **Schwarzarbeit** und **Sozialversicherungsbetrug**, um die Wettbewerbsfähigkeit
983 von Handwerk und Wirtschaft zu erhalten und soziale Ungerechtigkeit zu vermeiden.
- 984

985 6. International und weltoffen

986

987 Als Land in der Mitte Europas, als Standort zahlreicher international bedeutsamer Unternehmen und
988 Konzernzentralen, als Herz des europäischen Finanz- und Bankensystems und als zentraler
989 Verkehrsknotenpunkt ist Hessen die internationalste und weltoffenste Region in Deutschland.
990 Frankfurt und Hessen stehen für die Stabilität unserer Währung und sind ein starkes Glied im Europa
991 der Regionen. Nicht Einheitlichkeit und Zentralismus, sondern Vielfalt und regionale Besonderheiten
992 zeichnen Europa aus. Ein geeintes Europa ist die Grundlage für Frieden und Freiheit auf dem
993 europäischen Kontinent. Nicht zuletzt deshalb bekennen wir uns zur Europäischen Einheit.

994 Die CDU hat in Hessen beispielsweise die Zusammenarbeit mit Partnerregionen ausgeweitet, für
995 Frankfurt als Sitz der Europäischen Zentralbank und der wichtigsten europäischen Aufsichtssysteme
996 im Finanzbereich erfolgreich gekämpft. Mit Kompetenz und Engagement haben wir die Interessen
997 Hessens in der EU erfolgreich vertreten und dazu auch unsere Vertretung in Europas Hauptstadt
998 Brüssel gestärkt.

999 Wir werden dafür sorgen, dass Hessen in der EU und in Deutschland für eine starke und stabile
1000 Währung eintritt. Bei aller Solidarität für andere europäische Staaten und dem Willen zum Erhalt
1001 unserer gemeinsamen Währung, lehnen wir einen großangelegten, haftungsunbegrenzten
1002 Finanzausgleich in Europa ab. Zugleich sind wir überzeugt davon, dass Europa gelingt, wenn die
1003 kulturelle Vielfalt, die Einzigartigkeit regionaler Traditionen, Sprachen und Spezialitäten nicht nur
1004 Bestand haben und gepflegt werden, sondern als unverzichtbares Element der europäischen Idee
1005 gestärkt und gefördert werden.

1006

1007 **Ideen und Ziele für die Internationalität Hessens:**

- 1008 • Ausbau und Steigerung der **Attraktivität** für die Ansiedlung weiterer internationaler
1009 Unternehmen und ihrer Europazentralen in Hessen, die hier Arbeitsplätze schaffen und in
1010 Forschung, Technologie und Innovation investieren.
- 1011 • Stärkung und Ausbau des **Konsularstandortes** Hessen, der schon heute einer der größten in
1012 Deutschland ist, um direkte Ansprechpartner für die hier ansässigen Ausländer, Mitbürger
1013 und Gäste zu bieten.

1014 • Unterstützung der amerikanischen Streitkräfte bei Bau und Ausbau des
1015 Europahauptquartiers in Wiesbaden in Zusammenarbeit mit dem größten US-
1016 Generalkonsulat außerhalb der **Vereinigten Staaten**.

1017 • Pflege, Ausbau und Vertiefung der bestehenden **Partnerschaften** mit Emilia-Romagna
1018 (Italien), Wielkopolska (Polen), Aquitaine (Frankreich), Bursa (Türkei), Wisconsin (USA) und
1019 Jaroslawl (Russland) sowie der Wirtschaftskooperationen des Landes in der ganzen Welt.

1020

1021 **Ideen und Ziele für Europa:**

1022 • **Stabilisierung** eines nachhaltigen Wachstums in Europa durch solide Finanzpolitik,
1023 Wachstumsförderung, Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen.

1024 • Fortsetzung der **Europastrategie der Landesregierung**, die sich in einem ständigen Prozess
1025 mit den Vorhaben auf europäischer Ebene befasst, um insbesondere frühzeitig
1026 Meinungsbildungsprozesse in der Europäischen Union aus hessischer Sicht beeinflussen zu
1027 können.

1028 • **Durchsetzung hessischer Interessen** in europäischen Angelegenheiten gegenüber
1029 Kommission, Europaparlament und Europäischem Rat (z.B. beim
1030 Forschungsrahmenprogramm, Finanzrahmen, EU-Förderprogrammen etc.).

1031 • Kontrolle der Einhaltung des **Subsidiaritätsprinzips** und der damit verbundenen
1032 Kompetenzgliederung von unten nach oben.

1033 • **Einsatz für Bürgernähe**, verständliche Regelungen und Abbau unnötiger Bürokratie, um das
1034 Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen Europas zu steigern.

1035 • Fortführung der Positionierung gegen die Pläne, die Wettbewerbsbedingungen auf
1036 europäischen Flughäfen drastisch zu verschärfen (**Bodenverkehrsdienste**).

1037 • Vereinfachung der Gewährung von **europäischen Fördermitteln** für kleine und
1038 mittelständische Unternehmen.

1039 • Nachdrücklicher Einsatz für die Gleichbehandlung der **deutschen Sprache** gegenüber dem
1040 Englischen und Französischen innerhalb der Institutionen der EU.

- 1041 • Bekenntnis zum **Mehr-Regionen-Haus** in Brüssel, in dem neben der hessischen
1042 Landesvertretung auch die hessischen Regionalpartnerschaften sowie heimische Partner mit
1043 eigenen Räumlichkeiten vertreten sind.
- 1044 • Entwicklung der **Landesvertretung Brüssel als Anlaufpunkt** für Bürger, investitionsbereite
1045 Unternehmer sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen und Schaffung einer
1046 Servicestruktur, die Interessierten bei der Beantragung europäischer Fördermittel mit Rat
1047 und Tat zur Seite steht.
- 1048 • Förderung des **europäischen Schüleraustausches**.
- 1049 • Benennung von **100 „Jugend-Botschaftern“**, die an Schulen und Hochschulen für die
1050 europäische Idee werben.
- 1051 • Unterstützung von bestehenden und neuen **Hochschulpartnerschaften** in Europa und der
1052 ganzen Welt, die Exzellenz über Landes- und Kontinentalgrenzen hinweg bündelt.

1053

1054 **Ideen und Ziele für den Finanzplatz Frankfurt:**

- 1055 • **Ablehnung einer bedingungslosen Vergemeinschaftung von Schulden** einzelner
1056 europäischer Staaten.
- 1057 • **Verhinderung der Einführung von Eurobonds**, einer gemeinsamen Haftung für Altschulden
1058 in einem Schuldentilgungsfonds und einer Banklizenz für den ESM.
- 1059 • Sicherung der **Einlagen** von Sparern und der Einlagen der Altersvorsorge.
- 1060 • **Ablehnung einer vergemeinschafteten Einlagensicherung** für notleidende Banken im
1061 Ausland. Rücklagen von Sparkassen und Genossenschaftsbanken zur Sicherung von
1062 Guthaben heimischer Sparer und Anleger dürfen nicht angetastet werden.
- 1063 • Erhalt des **Drei-Säulen-Modells** im Bankensystem und damit Erhalt der Sparkassen als
1064 regionale Finanzinstitute mit deren in Europa einzigartigem Einlagensicherungssystem.
- 1065 • Stärkung der Marktposition der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale **Helaba**, die als
1066 eine der wenigen deutschen Landesbanken gestärkt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise
1067 hervorgegangen ist und sich zu einer der führenden deutschen Landesbanken entwickelt hat.

- 1068 • Beibehaltung und **konsequente Nutzung der europäischen Verträge** (ESM, Fiskalpakt,
1069 Bankenunion und Eurogruppe) als sinnvolles Instrument der Krisenbewältigung.
- 1070 • Gewährleistung der **Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank** sowie Sicherstellung
1071 der **Trennung von Geldpolitik und Bankenaufsicht** beim Ausbau der EU-Bankenaufsicht am
1072 Finanzplatz Frankfurt.
- 1073 • Stärkung und Weiterentwicklung von Frankfurt als größten kontinentalen **Finanzplatz** in
1074 Europa. Über 70.000 Menschen arbeiten in international tätigen Unternehmen, einer Börse
1075 von weltweiter Bedeutung und rund 300 Banken, davon mehr als die Hälfte Auslandsbanken.
- 1076 • Verhinderung einer auf Deutschland oder einzelne EU-Staaten beschränkten
1077 **Finanztransaktionssteuer**, die zur Schwächung des Finanzplatzes Frankfurt führt.
- 1078 • Verbesserung des **rechtlichen Regelwerks für den Finanzmarkt** und die
1079 Finanzmarktteilnehmer, die Aufsicht und **Regulierung der Ratingagenturen**, der
1080 Zulassungskriterien für Fondsmanager sowie für den Handel mit Derivaten, um künftigen
1081 Krisen vorzubeugen.
- 1082

1083 **7. In Hessen wohlfühlen**

1084

1085 Hessen ist ein traditionsreiches Land mit einzigartiger Landschaft und Natur und einem reichen
1086 kulturellen Leben. Die Anziehungskraft Hessens liegt darin, dass sich starke Metropolen und
1087 ländliche Räume gegenseitig ergänzen und eine Vielfalt aus Modernität und Bodenständigkeit,
1088 kulturellen Spitzenleistungen von Weltrang und unberührter Natur bieten. Hier lebt man gerne. Hier
1089 kommt man gerne hin. Hier macht man gerne Urlaub.

1090 Die CDU hat in Hessen beispielsweise die hessischen Kulturgüter und Welterbestätten massiv
1091 modernisiert. Mit Wald- und Naturschutzgesetzen haben wir die naturnahen Lebensräume gestärkt,
1092 zahlreiche Initiativen fördern das Leben auf dem Land und geben dort Impulse für den Tourismus.

1093 Wir wollen, dass die Menschen auch weiterhin gerne hier leben und dass die Mieten bezahlbar
1094 bleiben, dass die Infrastruktur insbesondere auf dem Land weiterhin zur Verfügung steht und dass
1095 die hessische Kultur auch in Zukunft weit über das Land hinaus ihre Strahlkraft behält.

1096

1097 **Ideen und Ziele für die Kultur:**

- 1098 • Erhalt und Zukunftssicherung der hessischen **Theater- und Opernlandschaft** sowie der
1099 **Landesmuseen, Landesbibliotheken und Archive.**
- 1100 • Fortsetzung und Abschluss der mehrere hundert Millionen Euro umfassenden Investitionen in
1101 die **Museumslandschaft Kassel** im Rahmen des auf dem Kontinent einmaligen
1102 Museumsprojektes.
- 1103 • Stärkung herausragender **Kulturmarken**, z.B. der documenta in Kassel oder des
1104 KulturfondsRheinMain.
- 1105 • Förderung der nationalen Wertschätzung Hessens im Jahr der **Grimm- und Büchner Jubiläen**
1106 als bedeutsamer Standort der Literatur und der literarischen Szene in Deutschland.
- 1107 • Förderung und Weiterentwicklung des unverzichtbaren **ehrenamtlichen kulturellen**
1108 **Engagements** in Chören, Musikvereinen, Theatergruppen und anderen Initiativen.
- 1109 • **Vernetzung** der hessischen Museen mit Archiven, Bibliotheken und Hochschulen auf
1110 digitaler Basis, um Sammlungen der Forschung besser zugänglich zu machen und kulturelle
1111 und wissenschaftliche Diskurse zu intensivieren.

- 1112 • Förderung der Vernetzung von **Verbänden** zwischen privaten und öffentlichen Museen, um
1113 flächendeckend den Menschen den Besuch von Sammlungen zu ermöglichen und
1114 kostengünstiger Ausstellungen organisieren zu können.
- 1115 • Erhöhung des Verständnisses von Kunst und Kultur bei **Kindern und Jugendlichen** durch die
1116 Möglichkeit zur „Ausbildung zum Kunstbotschafter“, um Gleichaltrige für kulturelle
1117 Angebote zu begeistern.
- 1118 • Förderung von Initiativen zur frühzeitigen kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen
1119 sowie Bekenntnis zur **Interkulturalität**, um die Vielfalt von Kulturangeboten als
1120 Bereicherung zu erkennen.
- 1121 • Weiterentwicklung und Ausbau der **Theaterakademie** an der Hochschule für Musik und
1122 Darstellende Kunst, die in Deutschland einzigartig ist; das Land wird dieses Netzwerk aller
1123 Theater im Rhein-Main-Neckar-Raum weiterentwickeln, um die Schaffung eines
1124 internationalen Anziehungspunktes für Nachwuchsschauspieler im Rhein-Main-Neckar-
1125 Gebiets zur fördern.
- 1126 • Weiterentwicklung und Übertragung bereits bestehender Initiativen der **kulturellen Bildung**,
1127 wie in der Theater- und Museumspädagogik, in und für andere Bereiche des kulturellen
1128 Lebens.
- 1129 • Schaffung und Förderung von „**kulturellen Räumen**“ in Hessen; Kultur benötigt Raum, um
1130 sich zu entfalten, sei es für bildende Künstler, die Ateliers suchen oder sei es für jugendliche
1131 Gruppen, die Übungsräume für Musik suchen.
- 1132 • Stärkung des Landes Hessen als bedeutsamer Standort der **Film- und Medienbranche** durch
1133 Fortentwicklung des Hessischen Filmpreises und die Weiterentwicklung der zahlreichen
1134 hessischen Filmfestivals, sowie Schaffung einer eigenständigen **Filmförder-GmbH**.
- 1135 • Nutzung und Vernetzung der Bereiche **Kreativwirtschaft und Design**.

1136

1137 **Ideen und Ziele für das Leben auf dem Land:**

- 1138 • Sicherung der **Zukunftsperspektiven** für Wohnen, Leben und Arbeiten auf dem Land als
1139 Heimat der dort verwurzelten Menschen.
- 1140 • Erhalt der wichtigen Bereiche der **Daseinsvorsorge** (Verkehr, Nahverkehr, ärztliche
1141 Versorgung, Grundversorgung, schnelles Internet) durch vielfältige Initiativen, ergänzende
1142 staatliche Förderung und bürgerschaftliches Engagement.
- 1143 • Unterstützung genossenschaftlicher Zusammenschlüsse zur Aufrechterhaltung wichtiger
1144 **Infrastruktureinrichtungen** in Zusammenarbeit mit der Landesstiftung Miteinander in
1145 Hessen (z.B. Einkaufsmöglichkeiten, Bringdienste oder Dorfläden).
- 1146 • Stärkung der **ländlichen Kreise, Städte und Gemeinden**, ihrer Finanzkraft sowie der
1147 interkommunalen Zusammenarbeit als Basis für ein attraktives Gemeinwesen.
- 1148 • Einrichtung von **mobilen Bürgerbüros**, um eine bürgernahe und bürgerfreundliche
1149 Verwaltung zu gewährleisten.
- 1150 • Erhalt des **Zugangs zu Bildung** auf dem Land durch Stärkung und Weiterentwicklung der
1151 Verbundkonzepte im Kita- und Schulbereich.
- 1152 • Unterstützung bei Gründung und Übernahme von **Landarztpraxen**.
- 1153 • Start einer Kampagne „**Ab aufs Land**“ in allen Universitätsstädten, um jungen Hessen nach
1154 ihrer Fachausbildung oder dem Studium die beruflichen Chancen und Perspektiven im
1155 ländlichen Raum Hessens zu verdeutlichen.
- 1156 • Sicherung des **ärztlichen Bereitschaftsdienstes** nachts sowie an Sonn- und Feiertagen.
- 1157 • Einrichtung von **Facharztsprechstunden** (z.B. in kommunalen Gebäuden), um Erkrankten
1158 weite Fahrtwege zu ersparen.
- 1159 • Aufbau und Unterstützung **mobiler Arzt- und Apothekendienste**, um die ärztliche und
1160 pharmazeutische Versorgung auf dem Land sicherzustellen.
- 1161 • Erhalt einer flächendeckenden Krankenhausversorgung im ländlichen Raum durch
1162 Kooperationen mit niedergelassenen Ärzten, anderen Krankenhäusern und privaten Kliniken.

- 1163 • Erweiterung und Förderung heimatnaher **Pflege- und Hospizeinrichtungen** sowie von
1164 Einrichtungen für Palliativmedizin, Psychiatrie und Geriatrie.
- 1165 • Stärkung der gewachsenen Dorf-, Orts- und Stadtkerne und Beibehaltung der erfolgreichen
1166 **Dorferneuerungsprogramme.**
- 1167 • **Erleichterung der Sanierung** und in Einzelfällen auch des Abrisses denkmalgeschützter
1168 Gebäude in Ortskernen, um Leerständen in Dörfern entgegenzuwirken.
- 1169

1170 **Ideen und Ziele für den Wohnungsbau:**

- 1171 • Fortsetzung einer Wohnungsbaupolitik zur **angemessenen Versorgung** mit bezahlbarem
1172 Wohnraum.
- 1173 • Umsetzung des **Hessischen Wohnungsbauprogramms** zum Bau von 1.000 zusätzlichen
1174 Sozialwohnungen, zur Modernisierung von 2.000 Wohnungen, für Wohneigentum für
1175 zusätzlich 1.000 Familien, zur Schaffung von 2.000 Studierendenwohnungen, zur
1176 Identifizierung unerschlossener und bebaubarer Flächen im Ballungsraum sowie weiterer
1177 Maßnahmen.
- 1178 • Einsatz für **stabile und faire Mietpreise**, d.h. unter anderem Reform der
1179 Mietspiegelberechnung von 1974 auf Bundesebene sowie Deckelung der
1180 Mieterhöhungsmöglichkeiten auf maximal 15 Prozent in drei Jahren in Gebieten mit
1181 besonders hohem Wohnraumbedarf.
- 1182 • Verbesserung der **rechtlichen Rahmenbedingungen** für Investitionen im Wohnungsbau (z. B.
1183 Umwandlung von Gewerberaum in Wohnraum).
- 1184 • Vereinfachung des **Planungsrechtes** zur schnelleren Ausweisung von Wohnbauflächen.
- 1185 • Konsequente Umsetzung des **Hessischen Wohnraumförderungsgesetzes.**
- 1186 • Erhalt der Landesbeteiligung an der **Nassauischen Heimstätte** als bedeutsamer
1187 Einflussfaktor des Landes Hessen in der Wohnungspolitik.
- 1188 • Förderung der Schaffung von **selbstgenutztem Wohneigentum**, auch zur Entlastung der
1189 Nachfrage nach Mietwohnungen.

- 1190 • Fortsetzung und Stärkung der **Städtebauförderung**. Es sollen Anreize zur Interkommunalen
1191 Kooperation im Städtebau, beispielsweise durch Stadt-Umland-Kooperationen, geschaffen
1192 werden.
- 1193 • Weiterentwicklung zu mehr **Subjektförderung**, um Fehlbelegungen und Ghettobildung zu
1194 vermeiden.
- 1195 • Fortsetzung des Bund-Länder-Programms „**Soziale Stadt**“.
- 1196 • Auslobung eines Wettbewerbs „**Tradition in der Großstadt**“ zwischen den hessischen
1197 Großstädten zur Stärkung der heimischen Identität mit Preisvergabe auf dem Hessestag.

1198

1199 **Ideen und Ziele zum Schutz der Natur:**

- 1200 • Beibehaltung, Schutz und Förderung der Naturparks sowie des Anteils von Flächen, die unter
1201 besonderem **Naturschutz** stehen. Dabei bleibt auch zukünftig der erfolgreiche
1202 Vertragsnaturschutz Ziel unserer Politik.
- 1203 • Umsetzung der **Biodiversitätsstrategie** zum Erhalt einer möglichst großen Artenvielfalt.
- 1204 • Weiterentwicklung von bedeutenden **regionalen Naturschutzprojekten** wie dem
1205 Nationalpark Kellerwald-Edersee, dem Biosphärenreservat Rhön, dem Vogelsberg, dem
1206 Grünen Band Deutschland oder den Geoparks Odenwald-Bergstraße, Westerwald-Lahn-
1207 Taunus sowie Grenzwelten in Waldeck-Frankenberg.
- 1208 • Förderung der **Umweltbildung** und des nachhaltigen Handelns bei Kindern und Jugendlichen,
1209 wobei dem Umweltbildungsangebot des Landesbetriebes Hessen Forst, der
1210 Jugendwaldheime und der Waldkindergärten eine hohe Bedeutung beizumessen ist.
- 1211 • Umsetzung der **Wasserrahmenrichtlinie** zum Erhalt und zur Schaffung natürlicher
1212 Lebensräume.
- 1213 • Stärkung des **Hochwasserschutzes**.
- 1214 • Begleitung und Unterstützung des Rundes Tisches zur Verbesserung der
1215 **Grundwassersituation im Hessischen Ried** im Hinblick auf eine für alle Seiten tragfähige
1216 Lösung und auf die Mitwirkung an der Umsetzung des Ergebnisses.

- 1217 • Fortsetzung des Runden Tisches Werra/Weser mit der Aufgabe, nachhaltige
1218 Lösungsvorschläge zur Verbesserung der **Wasserqualität in Werra und Weser** zu erarbeiten.
- 1219 • Ablehnung der Förderung von Gasen aus tieferen Gesteinsschichten (sogenanntes **Fracking**)
1220 mit Hilfe von giftigen Chemikalien, solange Umweltrisiken vorhanden sein können.
- 1221
- 1222 **Ideen und Ziele für Landwirtschaft und Weinbau:**
- 1223 • **Sicherung und Förderung** der Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Land- und
1224 Forstwirtschaft.
- 1225 • Anerkennung der **gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft** für Umwelt-, Natur-
1226 und Artenschutz sowie für den Erhalt der Kulturlandschaft.
- 1227 • **Stärkung der hessischen Landwirtschaft** im Rahmen der Reform der europäischen
1228 Agrarförderung (GAP), Sicherung der Finanzausstattung, Erhalt des 2-Säulen-Modells,
1229 Beibehaltung der Ausgleichszulage, Bürokratieabbau.
- 1230 • Zusammenarbeit mit dem landwirtschaftlichen Berufsstand zur Einhaltung und
1231 Weiterentwicklung **tierschutzgerechter Haltung** und Praktiken.
- 1232 • Beibehaltung und Weiterentwicklung der **Einzelbetrieblichen Investitionsförderung** und
1233 der partnerschaftlichen Aus- und Weiterbildungsstrukturen unter den Gesichtspunkten der
1234 Nachhaltigkeit und des Tierwohls.
- 1235 • **Fortführung** der Reduzierung des Flächenverbrauchs auf maximal 2,5 Hektar täglich auf
1236 Grundlage des Beschlusses der Nachhaltigkeitskonferenz.
- 1237 • Intensivere Ausrichtung von **Förderprogrammen auf den ländlichen Raum.**
- 1238 • Stärkung von **Direktvermarktung** und **regionalen Wertschöpfungsketten.**
- 1239 • **Weiterentwicklung** des Programms „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der
1240 Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.
- 1241 • Unterstützung des **Steillagenweinbaus** und Sicherung des Fortbestandes der
1242 Pflanzrechtregelung.

- 1243 • Stärkung und Sicherung von **Wettbewerbsfähigkeit und Absatzchancen** der hessischen
1244 Weinbaubetriebe im globalisierten Wettbewerb.
- 1245 • Unterstützung der Umsetzung des **Terroir-Konzepts**, das Besonderheiten einzelner
1246 Weinbaugebiete und Weinbergslagen festschreibt, um die Vermarktung standorttypischer
1247 Weine zu verbessern.
- 1248 • Initiative zur Reaktivierung von **Weinbergbrachen**.

1249

1250 **Ideen und Ziele für Jagd und Fischerei:**

- 1251 • Stärkung des Ökosystems Wald als Natur-, Erholungs- und Wirtschaftsraum in enger
1252 Kooperation mit Hessenforst sowie den kommunalen und privaten Waldbesitzern.
1253 Beibehaltung des **fairen Interessenausgleichs zwischen Wald und Wild**.
- 1254 • Stärkung des Jagd- und Fischereiwesens in Hessen als bedeutender Teil der **Landeskultur**.
- 1255 • Fortführung des bewährten Reviersystems und Unterstützung des **Jagd- und**
1256 **Fischereiwesens** in Hessen als bedeutsamer Bestandteil der Naturschutzarbeit.
- 1257 • Bekenntnis zum **hessischen Jagdrecht**, das zu den modernsten und anwenderfreundlichsten
1258 in Deutschland zählt.
- 1259 • Förderung der hessischen **Fischfauna** und der Biodiversität durch die Wiederansiedlung
1260 ehemaliger Arten (z. B. den Maifisch).
- 1261 • Berücksichtigung der **Belange hessischer Fischerinnen und Fischer** beim
1262 Interessenausgleich mit Energieerzeugung und Gewässertourismus.

1263

1264

1265 **Ideen und Ziele für den Tourismus:**

- 1266 • **Stärkung** des Profils, des Marketing und der Präsentation des Reiselandes und
1267 Touristikstandortes Hessen gemeinsam mit den Städten und Regionen.
- 1268 • **Vernetzung** von Tourismusangeboten von Stadt und Land.
- 1269 • Ausbau der **touristischen Infrastruktur**, um die gut 200.000 Vollzeit Arbeitsplätze in diesem
1270 Sektor hessenweit zu sichern und weiter auszubauen.
- 1271 • Förderung und Stärkung des **sanften Tourismus** in Hessen, u.a. durch Unterstützung von
1272 Betrieben, die Urlaub auf dem Bauernhof/ auf dem Lande anbieten.
- 1273 • Maßnahmenpaket zur Stärkung des **Radtourismus**.
- 1274

1275 **8. Gesund durchs Leben**

1276

1277 Gesundheit und Verbraucherschutz sind zwei Seiten einer Medaille. Die Menschen wollen eine
1278 hochqualifizierte medizinische, stationäre wie ambulante Versorgung, legen aber auch immer
1279 größeren Wert auf gesunde Lebensmittel und Ernährung sowie eine bewusste Lebensführung. Dabei
1280 werden die Anforderungen an jeden Einzelnen in einer zunehmend komplexer werdenden Welt
1281 immer größer.

1282 Die CDU hat in Hessen beispielsweise das Krankenhauswesen modernisiert, den Pakt zur
1283 Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung auf den Weg gebracht und ein
1284 Rettungsdienstgesetz beschlossen, das für das Eintreffen der Hilfskräfte eine Rettungsfrist von zehn
1285 Minuten vorsieht. Bundesweit hat Hessen neue Impulse für den Verbraucherschutz angestoßen.
1286 Wir wollen die Gesundheitsversorgung ohne staatliche Gängelung sichern, den Verbraucherschutz
1287 an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten und neue Initiativen angehen, um die Lebensqualität
1288 der Menschen in Hessen weiter zu stärken.

1289

1290 **Ideen und Ziele für die Gesundheit:**

- 1291 • Umsetzung des „**Hessischen Paktes zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung**“
1292 mit dem Ziel einer wohnortnahen medizinischen Versorgung in ganz Hessen.
- 1293 • Weiterentwicklung und Umsetzung des Konzepts für den Erhalt öffentlicher Klinikträger und
1294 die Errichtung eines **Verbundes von Krankenhäusern** öffentlicher Träger unter
1295 strategischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und steuerlichen Aspekten.
- 1296 • Umsetzung des Konzeptes zur langfristigen Sicherstellung der medizinischen Versorgung
1297 durch **kommunale Kliniken vor Ort**.
- 1298 • Anreiz für Medizinstudenten, nach ihrem Abschluss für bestimmte Zeiträume als **Landarzt** zu
1299 arbeiten, zum Beispiel durch einen Notenbonus, ein Promotionsstipendium oder eine
1300 finanzielle Unterstützung wie ein zinsverbilligtes Darlehen bei der Gründung einer
1301 Landarztpraxis.
- 1302 • Einführung von „**Landpraktika**“ im Medizinstudium, um Interesse an dem Berufsbild des
1303 Landarztes zu wecken.

- 1304 • Entwicklung eines landesweiten Konzeptes zur Sicherstellung des **ärztlichen**
1305 **Bereitschaftsdienstes** nachts und an Wochenenden in erreichbarer Nähe.
- 1306 • Weiterentwicklung von Konzepten zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung auf dem
1307 Land, wie zum Beispiel durch mobiles medizinisches Fachpersonal (**„rollende Arztpraxis“**,
1308 **„Apothekerbus“**) und den Ausbau medizinischer Versorgungszentren.
- 1309 • Koordinierung und Abstimmung von ärztlichem Bereitschaftsdienst und
1310 **Apothekennotdienst**, um belastende, weite Fahrten für Patienten und Angehörige zu
1311 vermeiden oder zu minimieren.
- 1312 • Verbesserung der **Behandlungssicherheit** und -schnelligkeit insbesondere für Notfälle auf
1313 dem Land.
- 1314 • Ausbau von Angeboten der **Kurzzeitpflege**, um bedürftigen Menschen auch kurzfristig und
1315 in Notsituationen zu helfen.
- 1316 • Förderung und Ausbau der **geriatrischen Medizin**, um mit Hilfe angemessener medizinischer
1317 Konzepte den Krankheitsbildern älterer Menschen gerecht zu werden; menschengerechte
1318 Medizin muss eine altersgerechte Medizin sein.
- 1319 • Einrichtung eines **Stiftungslehrstuhls für Geriatrie** und die Verankerung eines
1320 verpflichtenden Ausbildungsmoduls "Geriatrie" in der medizinischen und pflegerischen
1321 Ausbildung.
- 1322 • Einrichtung eines **Stiftungs-Lehrstuhls für Palliativmedizin**; schwer erkrankte Menschen
1323 haben ein Recht auf bestmögliche medizinische Versorgung, möglichst weitgehende
1324 Schmerzfreiheit sowie auf eine menschenwürdige Begleitung und Umgebung.
- 1325 • Weiterentwicklung der **„Notfallknöpfe“**, um eine schnelle Erreichbarkeit der ärztlichen
1326 Notdienste sicherzustellen.
- 1327 • Weiterentwicklung der **elektronischen Gesundheitskarte**, um die aktuellen Patienten- und
1328 Gesundheitsdaten für eine optimale medizinische Betreuung im In- und Ausland jederzeit zur
1329 Verfügung zu stellen.
- 1330 • Förderung der **Telemedizin**, die es chronisch kranken, älteren und immobilen Menschen
1331 ermöglicht, dass eine regelmäßige Diagnostik in den eigenen vier Wänden mittels sicherer
1332 Datenübermittlung patientenfreundlich durchgeführt werden kann.

1333 • Ausbau und Weiterentwicklung **gesundheitspräventiver Maßnahmen** und präventiver
1334 Konzepte, zu denen auch die Förderung sportlicher und betriebssportlicher Aktivitäten
1335 zählen.

1336 • Förderung der **Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz** und von Maßnahmen zum Erhalt der
1337 Gesundheit gemeinsam mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

1338 • **Intensivierung** der Zusammenarbeit von Kassenärztlicher Vereinigung und Krankenkassen.

1339

1340 **Ideen und Ziele für den Verbraucherschutz:**

1341 • Verbindliche und verlässliche **Ausweisung von Lebensmittelinhalten** und **Kontrolle** dieser
1342 Kennzeichnungen.

1343 • Schaffung klarerer **Transparenzregeln** betreffend Herkunft und Preis auf nationaler und
1344 europäischer Ebene; dies gilt auch für verpackte oder weiterverarbeitete Lebensmittel,
1345 insbesondere bei Weiterverarbeitung im Ausland.

1346 • **Kennzeichnungspflicht** für Allergene und klare Regelungen für laktose- und glutenfreie
1347 Produkte.

1348 • **Initiative zu einer europaweiten Vereinheitlichung von Lebensmittel-Bio-Gütesiegeln.**

1349 • Stärkung und Erhalt regionaler und saisonaler Produkte mit geprüfter Qualität mit der
1350 Marketinggesellschaft "**Gutes aus Hessen**" als leistungsstarkem Partner.

1351 • Stärkung der Vermarktung von **Lebensmitteln** aus den Regionen sowie Stärkung regionaler
1352 Produkte durch Markenschutz.

1353 • Aufrechterhaltung der dualen Struktur in der **flächendeckenden Verbraucherberatung** und
1354 Unterstützung der Verbraucherzentrale Hessen und des DHB (Berufsverband der
1355 Haushaltsführenden) - Netzwerk Haushalt.

1356 • Ausbau des Informationsangebotes **www.verbraucherfenster.de** mit täglich aktuellen
1357 Meldungen und Hintergründen zu Verbrauchertemen.

1358 • Förderung des **gesundheitlichen Verbraucherschutzes** und insbesondere neuer Initiativen
1359 bei Pharmaunternehmen zur verständlicheren Lesbarkeit von Beipackzetteln.

- 1360 • Ausbau der **Task-Force Lebensmittelsicherheit** als Kriseninterventionsstelle wie auch als
1361 Bündelungsstelle komplexer Untersuchungsaufgaben.
- 1362 • Festlegung einer hessischen **Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft für Lebensmittelrecht**.
- 1363 • Förderung der **Alltagskompetenz** als gesellschaftliche Herausforderung mit dem Ziel,
1364 Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit Kreditgeschäften, Lebensmitteln, Internet,
1365 Altersvorsorge, Versicherungen und Arbeitsverträgen zu sensibilisieren. Dies soll bereits in
1366 der Schule beginnen.
- 1367 • Initiative für ein landesweites Handlungskonzept „**Gesunde Ernährung**“, um Kinder und
1368 Jugendliche bereits im Kindergartenalter für gesunde Ernährung sowie die Vorzüge
1369 regionaler und saisonaler Lebensmittel zu sensibilisieren.
- 1370 • Fortführung des Programms zur Stärkung und **Erweiterung der Medienkompetenz**.
- 1371

1372 **9. Damit es läuft**

1373

1374 Sichere und bezahlbare Energie, moderne Verkehrswege und der Anschluss an die Datennetze der
1375 Zukunft sind tragende Pfeiler, die unseren Wohlstand jetzt und auch in Zukunft sichern. Bürger und
1376 hier angesiedelte Unternehmen brauchen eine sichere, umweltschonende, bezahlbare und
1377 gesellschaftlich akzeptierte Energieversorgung ebenso wie gut erreichbare Arbeitsplätze und
1378 schnelle Internetverbindungen.

1379 Die CDU hat in Hessen beispielsweise durch den bundesweit einmaligen Energiegipfel einen
1380 Konsens zur künftigen Energieversorgung erzielt, den Ausbau des Frankfurter Flughafens als größte
1381 Investition ohne staatliche Mittel im Zeitplan realisiert, ein europaweit einmaliges
1382 Maßnahmenpaket für den Lärmschutz aufgelegt, mit dem Flughafen in Kassel-Calden Nordhessen
1383 eine zusätzliche Perspektive gegeben und landesweit die Grundversorgung mit Breitband-
1384 Anschlüssen nahezu sichergestellt.

1385 Damit die Menschen und Betriebe hier die besten infrastrukturellen Voraussetzungen zum Leben
1386 und Arbeiten auch in Zukunft vorfinden, werden wir die Umstellung auf erneuerbare Energie mit
1387 Augenmaß und im Interesse der Bürger umsetzen, die Mobilität auf Straßen, Schiene, Wasser und in
1388 der Luft auf modernstem Stand halten und die Internetverbindungen rund um den größten Internet-
1389 Knoten Europas in Frankfurt weiter ausbauen.

1390

1391 **Ideen und Ziele für die Energieversorgung:**

1392 • Umsetzung der Ziele des **Hessischen Energiegipfels** und einer 100-prozentigen Versorgung
1393 mit Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien bis 2050.

1394 • Umbau der Energieversorgung mit dem Ziel einer **sicheren, sauberen, bezahlbaren und**
1395 **gesellschaftlich akzeptierten Versorgung** für alle hessischen Bürgerinnen und Bürger sowie
1396 der in Hessen angesiedelten Unternehmen.

1397 • Grundlegende **Überarbeitung des Gesetzes über die erneuerbaren Energien (EEG)** mit dem
1398 Ziel, die Förderung erneuerbarer Energien marktwirtschaftlich auszugestalten und die
1399 Grundversorgung bezahlbar, lückenlos und in einem abgestimmten System sicherzustellen.

1400 • Überprüfung des Fortschritts der Energiewende durch Vorlage eines **jährlichen Energie- und**
1401 **Klimaschutzberichtes.**

- 1402 • Ausbau der **Windkraft** ausschließlich an hierfür geeigneten Standorten mit möglichst
1403 geringen Auswirkungen auf die natürliche Umgebung und nach den Vorgaben der
1404 Landesplanung.
- 1405 • Konsequente **Berücksichtigung von Bürgerinteressen und Aspekten des Kultur- und**
1406 **Landschaftsschutzes** bei der Errichtung von Windkraftanlagen.
- 1407 • **Einbindung der Bürger** bei der Einrichtung von erneuerbaren Energieanlagen (z.B.
1408 Bürgersolaranlagen, Windparks) z.B. durch genossenschaftliche Beteiligungsmodelle.
- 1409 • Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien mit möglichst geringem **Flächenverbrauch**
1410 wie zum Beispiel dem Ausbau von großflächigen Solaranlagen auf bereits versiegelten
1411 Flächen und Repowering bei bereits vorhandenen Anlagen.
- 1412 • **Anreize zum Ausbau** von Solarenergie, Geothermie und Kraft-Wärmekoppelung in privaten
1413 Wohnungen und bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.
- 1414 • **Ausbau der Stromnetze** in einem mit dem Bund und den anderen Ländern abgestimmten
1415 Vorgehen und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.
- 1416 • Weiterentwicklung intelligenter Stromnetze, so genannter „**smart grids**“, um die
1417 Energieversorgung von der Stromgewinnung bis zur Stromnutzung im Haushalt so effizient
1418 und kostengünstig wie möglich auszugestalten.
- 1419 • **Rückbau des Kernkraftwerks Biblis** unter Wahrung höchster Sicherheitsmaßstäbe.
- 1420 • Schaffung zusätzlicher **Informations- und Verbraucherschutzmaßnahmen** über
1421 Tarifwechsel und günstigere Strompreise.
- 1422 • Initiative „**Mehr Flexibilität beim Strompreis**“, um die Anbieter und Energieversorger zu
1423 gewinnen, ihre Tarife auf die unterschiedlichen Anforderungen der Nutzer auszurichten (z.B.
1424 Tages- und Nachttarife, Seniorentarife, Existenzgründertarife).
- 1425 • Fortentwicklung der **Energieberatung** für alle hessischen Haushalte, durch die schnell und
1426 wirksam wirtschaftliche Maßnahmen identifiziert und umgesetzt werden können.
- 1427 • Offensive Werbung für das **Energiesparen in Privathaushalten** und bei Unternehmen, um
1428 die Kosten für Strom und Heizung zu reduzieren.

- 1429 • Fortsetzung des **Aktionsprogramms zur Energieeinsparung** bei Liegenschaften des Landes
1430 sowie zur Schaffung von mehr Energieeffizienz.
- 1431 • Stärkung der Vorbildfunktion des Landes bei der Einhaltung der höchsten Standards bei
1432 Neubauten, Sanierungen oder Beschaffungen mit dem Ziel der **CO2-neutralen**
1433 **Landesverwaltung**.
- 1434 • Beratung und **Stärkung energieeffizienter Unternehmen** und Aufruf zu mehr
1435 Energieeffizienz in Unternehmen.
- 1436 • Fortführung des **Förderprogramms zum Austausch von Heizungspumpen** zur Steigerung
1437 der Energieeffizienz.
- 1438 • Unterstützung der Bildung von **lokalen Energieagenturen**, um das Prinzip der Freiwilligkeit
1439 beim Energiesparen auch flächendeckend bei Kreisen, Städten und Gemeinden zu verankern
1440 und das Erarbeiten von Energiekonzepten zu unterstützen.
- 1441 • Förderung der **Forschung** zu Erzeugung, Transport, Speicherung von Energie und
1442 Verbesserung der Integration erneuerbarer Energieträger in das Energieversorgungssystem
1443 als Grundlage für künftige Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie.
- 1444 • **Ansiedlung neuer Forschungsinstitute** und innovativer Unternehmen der Umwelt- und
1445 Energietechnik.
- 1446 • Nutzung überschüssigen Stroms zur Herstellung von **Basis-Chemikalien** wie Methan,
1447 Wasserstoff und Methanol, um diese bei Bedarf als Energiespeicher oder als chemischen
1448 Grundstoff nutzen zu können.
- 1449 • Unterstützung und Förderung **„Ökologischer Innovationen“** in den Bereichen Informations-
1450 und Kommunikationstechnologie, um ressourcenschonende Geräte zu entwickeln, die so
1451 weit wie möglich ökologisch verträglich sind.
- 1452

1453 **Ideen und Ziele für Verkehr und Lärmschutz:**

1454 Investitionen in moderne Verkehrswege und Lärmschutz sind zwei Seiten einer Medaille. Die
1455 Sicherung der hessischen Wirtschaftskraft durch zukunftsfähige Mobilität und die berechtigten
1456 Interessen von Bürgerinnen und Bürgern müssen bei Infrastrukturmaßnahmen zu einem
1457 vernünftigen Ausgleich gebracht werden. Insbesondere beim Lärmschutz werden wir dazu neue
1458 Wege in Forschung und Anwendung beschreiten, denn es ist insgesamt unstrittig, dass es leiser
1459 werden muss.

1460

1461 **Straßenbau**

1462 • Fortführung des historisch höchsten Niveaus beim Bau und **Ausbau von Landesstraßen**
1463 sowie bei Unterhaltungsmaßnahmen im dreistelligen Millionenbereich.

1464 • Fortsetzung des Baus von **Ortsumgehungen** zur Entlastung der Anwohner.

1465 • **Masterplan „Brücke 2020“**, um den Investitions- und Reparaturstau an Brückenbauwerken in
1466 Hessen auch unter Sicherheitsgesichtspunkten zwischen Bund, Land und Kommunen nach
1467 und nach abzubauen.

1468 • Fertigstellung der **Bundesautobahnen A 44** zwischen Kassel und Eisenach und Weiterbau der
1469 A 49 zwischen Kassel und Gießen sowie des Riederwaldtunnels in Frankfurt (A66 / A661).

1470 • **Ausbau der Bundesstraßen B 252** zwischen Marburg und Diemelstadt, der B 253 im Bereich
1471 der Sackpfeife sowie Ausbau der Ost-West-Achse von Frankenberg Richtung Kreuztal durch
1472 eine leistungsfähige Bundesfernstraße (508n) wegen der außergewöhnlich hohen Bedeutung
1473 zur Erschließung Waldeck-Frankenbergs und der hohen Belastung durch Frachtverkehr.

1474 • Erschließung des **Raums nördlich von Kassel** durch die Aufnahme einer Verbindung von der
1475 Autobahnabfahrt Lutterberg der A 7 zur A 44 Abfahrt Breuna in die
1476 Bundesverkehrswegeplanung und –finanzierung.

1477 • Unterstützung des Baus und der Fertigstellung der für den **Bundesverkehrswegeplan ab**
1478 **2015** angemeldeten Verkehrsprojekte.

1479 • **Einführung einer PKW- und LKW-Maut**, um Ungerechtigkeiten gegenüber Straßennutzern
1480 aus anderen EU-Staaten abzubauen; gleichzeitig Kompensation bei geeigneten Steuerarten;
1481 die Einnahmen daraus fließen ausschließlich in die Instandsetzung der Straßen.

- 1482 • **Ablehnung eines generellen Tempolimits** auf Autobahnen in Hessen.
- 1483 • Ablehnung von flächendeckendem **Tempo-30 in Ortslagen**.
- 1484 • Fortführung des Erfolgsprojektes „**Staufreies Hessen**“, um Staus durch innovative,
1485 intelligente Lösungen zu verhindern (z.B. intelligente Verkehrslenkungssysteme,
1486 Stauforschung).
- 1487 • Unterstützung von Konzepten, Modellen und Projekten zur Weiterentwicklung der
1488 **Elektromobilität**, insbesondere der Allianz für Elektromobilität in der Modellregion
1489 „Elektromobilität Rhein-Main“; dazu zählt die Erforschung von Konzepten für Nutzfahrzeuge
1490 im kommunalen Bereich (ÖPNV, Entsorgungsfahrzeuge, Dienstfahrzeuge).
- 1491 • Initiative eines Projekts mit den hessischen Stromversorgern zur Einrichtung eines
1492 **flächendeckendes Netzes von Stromtankstellen** für Elektrofahrzeuge in Hessen sowie die
1493 Fortsetzung der **hessischen Wasserstoff- und Brennstoffinitiative**.

1494

1495 **Schiienenverkehr**

- 1496 • Förderung einer engeren **Zusammenarbeit der hessischen Verkehrsverbände**, um
1497 abgestimmte Konzepte für Preise, Zeiten, Infrastruktur und Service im Interesse der
1498 Bahnnutzer überall zu gewährleisten.
- 1499 • Einsatz für den raschen Bau der ICE-Schnellfahrstrecke Frankfurt - Mannheim mit einem **ICE-**
1500 **Halt in Darmstadt**.
- 1501 • Rasche Planung und viergleisiger Aus-/ Neubau der **ICE-Strecke Frankfurt - Hanau – Fulda**.
- 1502 • Förderung des Vorhabens, durch die **Regionaltangente West** das dicht besiedelte Umland im
1503 Frankfurter Westen mit dem Flughafen zu verbinden.
- 1504 • Unterstützung des weiteren Ausbaus der S-Bahn-Linie von Frankfurt West nach Friedberg
1505 sowie für den Neubau der **nordmainischen S-Bahnstrecke** Frankfurt-Hanau.
- 1506 • Unterstützung für Initiativen zur Verbesserung des Nahverkehrs in den Regionen, wie die
1507 Bedienung der **Main-Weser-Bahn** im Takt.
- 1508 • Initiativen zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Land (Unterstützung
1509 und Förderung **innovativer Verkehrsmodelle** wie Mitfahr- und Carsharingzentralen sowie

- 1510 Park-and-Ride-Systeme, Ausbau differenzierter Bussysteme wie Anrufsammeltaxen, Bürger-,
1511 Nacht- und Regiobusse).
- 1512 • Verbesserung örtlicher **Lärmschutzmaßnahmen** wie das bereits eingeführte Modell der
1513 lärmabhängigen Trassenpreise unter Einbeziehung bereits vorhandener leiser Wagen und die
1514 Anhebung der Vergütungen für leise Fahrten.
- 1515 • Fortführung des **10-Punkte-Programms "Leises Rheintal"**.
- 1516 • Prüfung bzw. Anmeldung einer **Alternativstrecke** für den Schienengüterverkehr im
1517 Mittelrheintal für den Bundesverkehrswegeplan 2015.
- 1518 • Beschleunigung der **Umrüstung von Güterwaggons** auf die leiseren K- bzw. LL-Sohlen und
1519 Verbot von Graugussbremsen nach praktikablen Übergangsfristen.
- 1520 • Forderung nach einer europaweiten Förderung der Umrüstung von Güterwagen auf leise
1521 **Bremssysteme** und Einsatzbeschränkungen für laute Wagen durch die EU.
- 1522 • Fortsetzung der Gespräche mit der Bahn über maßgeschneiderte und individuelle
1523 Lösungsmöglichkeiten für die **Nutzung leerstehender Bahnhöfe, Bahnhofsgebäude sowie**
1524 **sonstiger Bahngrundstücke** in Hessen.

1525

1526 **Luftverkehr**

- 1527 • Bekenntnis zum **Flughafen Frankfurt/Rhein Main** als größtem und bedeutendstem privaten
1528 Arbeitgeber des Landes und wichtigstem Wirtschaftsfaktor in Hessen bei gleichzeitiger
1529 Umsetzung aller fünf Punkte des Mediationsverfahrens.
- 1530 • Bekenntnis zu der **rechtssicheren Erweiterung des Flughafens** (Terminal 3) und zur
1531 angestrebten Erschließung des neuen Terminals durch eine S-Bahn-Linie.
- 1532 • Konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Reduzierung von
1533 Fluglärm der "**Allianz für mehr Lärmschutz 2012**" mit den Zielen der Ausweitung
1534 lärmreduzierender An- und Abflugverfahren, der Ausweitung der bevorzugten (Start-Lande-)
1535 Bahnnutzung und Verbesserung des Bahnmanagement-Systems im Sinne eines aktiven
1536 Schallschutzes sowie der Optimierung der Flugverfahren insbesondere in den Tages- und
1537 Nachtrandstunden (05:00-06:00 Uhr und 22:00-23:00 Uhr).

- 1538 • Verfolgung der **Bundesratsinitiative zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes** im Sinne
1539 einer Verpflichtung zur stärkeren Berücksichtigung von Schallschutzkomponenten bei der
1540 Planung und Abwicklung des Flugverkehrs.
- 1541 • Einrichtung einer Kommission zur **Reduzierung von Fluglärm** am Flughafen Frankfurt. Ziel ist
1542 es, vermeidbare Belastungen zu verhindern und unvermeidbare Belastungen zu beschränken,
1543 indem alle am Luftverkehr beteiligten Unternehmen und Behörden angehalten werden, den
1544 jeweils aktuellen Stand technischer Neuerungen und die Optimierungspotenziale von
1545 Flugrouten und -verfahren zeitnah zu nutzen. Der Kommission werden Vertreter der
1546 Wissenschaft, der Luftverkehrswirtschaft, der Bürgerinitiativen, der DFS, der
1547 Landesregierung und der Fraktionen des Hessischen Landtags angehören.
- 1548 • Schaffung steuerlicher Anreize, um die frühere **Ausflottung lauter Flugzeuge** oder deren
1549 Nachrüstung zu beschleunigen.
- 1550 • Deutliche Beschleunigung und mehr Flexibilität bei der Vergabe von Mitteln für
1551 Lärmschutzmaßnahmen des **Regionalfonds**.
- 1552 • Stärkere Wahrnehmung und Nutzung des „**Umwelt- und Nachbarschaftshauses**“ unter
1553 Einbeziehung aller am Luftverkehr Beteiligten.
- 1554 • Errichtung eines "**Forschungszentrums Lärmschutz**" an einer hessischen Hochschule.
- 1555 • Bestellung eines **Lärmschutzbeauftragten** für alle Arten verkehrsbedingter Lärmbelastung.
- 1556 • Aufforderung aller öffentlichen Anteilseigner, die **Dividenden aus der Fraport AG** wie das
1557 Land Hessen zu 50 Prozent für Lärmschutz auszugeben.
- 1558 • Förderung und Unterstützung der **Luftverkehrswirtschaft** zur Sicherung der
1559 Wettbewerbsfähigkeit, bspw. durch Abschaffung der Luftverkehrssteuer oder Umwandlung
1560 in eine zweckgebundene Abgabe sowie Ablehnung eines auf Europa beschränkten
1561 Emissionshandels.
- 1562 • Förderung des neu eröffneten Flughafen **Kassel-Calden** mit seiner zentralen Funktion für
1563 Nordhessen.
- 1564
- 1565

1566 **Wasserstraßen**

- 1567 • Stärkung der **hessischen Binnenhäfen** , die wichtige Logistikstandorte sind, da sie die
- 1568 Wasserstraßen mit Straße und Schiene verbinden.
- 1569 • **Förderung der Binnenschifffahrt** als sicheren, leisen und umweltschonenden Baustein
- 1570 unseres Verkehrs- und Logistiksystems.
- 1571 • Forderung nach Finanzierung von **Pflege und Unterhalt der Binnenwasserstraßen** durch
- 1572 den Bund. Die Verteilung bspw. der Erhaltungslasten im Rahmen einer Reform der Wasser-
- 1573 und Schifffahrtsverwaltung darf nicht einseitig zulasten von Ländern, Kreisen und
- 1574 Kommunen erfolgen.
- 1575 • Erhalt der hessischen **Bundeswasserstraßen** und Steigerung ihrer Funktionsfähigkeit
- 1576 entsprechend ihrer verkehrswirtschaftlichen und touristischen Bedeutung.
- 1577 • Gewährleistung einer bedarfsgerechten Nutzung der hessischen **Bundeswasserstraßen für**
- 1578 **Güterverkehr und Tourismus.**

1579

1580 **Radverkehr**

- 1581 • Fortsetzung der Investitionen in das **hessische Radwegenetz.**
- 1582 • Ausarbeitung eines Aktionsplans „**Radverkehr in der Großstadt**“, um Kurzpendler zum
- 1583 Umstieg aufs Fahrrad zu ermutigen.
- 1584 • Fortsetzung der **Initiativen im Radtourismus** wie dem "Radroutenplaner Hessen" und der
- 1585 "Meldeplattform Radverkehr".
- 1586 • Bundesratsinitiative zur Einführung einer generellen **Helmpflicht** für Radfahrer.
- 1587 • Förderung des Radverkehrs als zentralem Bestandteil lokaler Wertschöpfungsketten im
- 1588 „**sanften Tourismus**“.
- 1589 • Forderung nach zusätzlichen **Fahrradmitnahmemöglichkeiten** in Zügen, insbesondere die
- 1590 parallel zu Flussradwegen verlaufen.

1591

1592 **Ideen und Ziele für das Internet**

- 1593 • Ausbau der **schnellen Internetverbindungen** auf Basis der **hessischen Breitbandinitiative**
1594 bis 2014 auf 75 Prozent und bis spätestens 2018 auf 100 Prozent, damit insbesondere der
1595 ländliche Raum in Zeiten des Internets und der Globalisierung über mindestens 50 Mbit
1596 verfügt.
- 1597 • Stärkung des südhessischen Wirtschaftsraumes mit dem Zentrum Darmstadt als **Silicon**
1598 **Valley Europas** durch Förderung von Ansiedlung und **Existenzgründung** in der Informations-
1599 und Kommunikationsbranche (IKT) sowie starke Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft
1600 und Forschungseinrichtungen (z.B. House of IT).
- 1601 • **Unterstützung traditioneller Unternehmen**, die sich mit der IKT-Branche verzahnen und /
1602 oder neue internetbasierte Geschäftsmodelle entwickeln wollen (z.B. im
1603 Gesundheitsbereich); Hessen ist angesichts der vorhandenen IT-Kapazität und -Dichte
1604 prädestiniert für innovative Forschung und Anwendungen.
- 1605 • Forderung eines **Urheberrechts**, das auch im Internet einen fairen Interessenausgleich
1606 zwischen Nutzern und Urhebern garantiert.
- 1607 • Einbringung einer Bundesratsinitiative, um bei **Sozialen Netzwerken die höchste**
1608 **Sicherheitseinstellung voreinzustellen**, die vom Nutzer individuell gelockert werden kann.
- 1609 • Verbesserung der Information über und Regulierung von digitalem **Fingerprinting**, durch das
1610 einzelne Nutzer anhand von technischen Merkmalen wie Browser, Betriebssystem,
1611 Softwareversion, Bildschirmauflösung etc. identifiziert werden.
- 1612 • Vorantreiben der Forschung im Rahmen von z.B. technischen Jugendschutzprogrammen und
1613 zum „**digitalen Vergessen**“.
- 1614 • Wahrung der Netzneutralität nach dem Prinzip der **diskriminierungsfreien Übertragung von**
1615 **Daten** durch die Internetservice-Provider. Datenpakete sollen unabhängig von Sender,
1616 Empfänger, Inhalt oder der generierenden Anwendung unverändert und gleichberechtigt
1617 übertragen werden.

1618

1619 **Ideen und Ziele für Rundfunk und Medien**

- 1620 • Erhalt der **Meinungsvielfalt** und einer vielfältigen Medienlandschaft, in der öffentlich-
1621 rechtlicher Rundfunk genauso wichtig ist wie private Medien.
- 1622 • Stärkung des **Medienstandortes Hessen**; ohne freie Medien gibt es keine freie und lebendige
1623 demokratische Gesellschaft.
- 1624 • Unterstützung des breiten Angebotes von Printmedien und kritische Begleitung der
1625 zunehmenden **Konzentration im Zeitungsmarkt**.
- 1626 • **Bekennnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk**; ARD, ZDF und Deutschlandradio obliegt
1627 es, einen besonders hohen qualitativen Standard moderner Massenkommunikation
1628 anzubieten und die mediale Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen.
- 1629 • Erhalt und **Stärkung des Hessischen Rundfunks** in der ARD-Senderfamilie.
- 1630 • Verpflichtung, für eine ausreichende Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu
1631 sorgen, der auch dem Ziel der Beitragsstabilität verpflichtet ist; durch kritische Evaluierung
1632 des **Rundfunkbeitragsstaatsvertrages** soll eine zu starke Belastung von Bürgern und des
1633 Gewerbes ausgeschlossen werden.
- 1634 • Unterstützung des **privaten Rundfunks** durch Schaffung von fairen Rahmenbedingungen.
- 1635 • Diskriminierungsfreie Ausgestaltung aller in Hessen zugelassenen lokalen und regionalen
1636 **Rundfunkangebote** durch entsprechende Einspeisung der Angebote in alle digitalisierten
1637 Kabelanlagen im jeweiligen Verbreitungsgebiet.
- 1638 • Sicherung einer breiten Berichterstattung bei privaten Rundfunkanbietern durch
1639 **Regionalfenster** und sogenannte **Drittsenderprogramme**.
- 1640 • Überprüfung, ob die Verweildauer der Sendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in
1641 den **Mediatheken** im Interesse der Nutzer verlängert werden kann.
- 1642 • Bekenntnis zur **Selbstverantwortung der Medienanbieter**, bei der die Politik Jugend- und
1643 Verbraucherschutz nur dort reguliert, wo präventive Maßnahmen nicht ausreichend
1644 vorhanden sind.
- 1645 • **Förderung der Medienkompetenz**, vor allem in der Schul- und Erwachsenenbildung, um das
1646 Potenzial der Digitalisierung positiv zur Entfaltung kommen zu lassen, indem die Risiken

1647 durch ehrverletzende, pornographische, Gewalt verherrlichende, rassistische oder sonstige
1648 jugendgefährdende und entwicklungsbeeinträchtigende Angebote reduziert werden; hierin
1649 muss auch die Prävention von Gefahren und der bewusste Umgang mit Daten eingeschlossen
1650 sein.

1651 • Unterstützung gesellschaftlicher Bündnisse zur Förderung der **Medienkompetenz**;
1652 gemeinsam mit Partnern aus den Kommunen, Kreisen, Kammern, aus Wirtschaft und
1653 Wissenschaft, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen sowie den
1654 Seniorenorganisationen wollen wir neue medienpädagogische Bildungschancen und -anreize
1655 auch für Ältere schaffen.

1656

1657 **10. Solide und gut aufgestellt**

1658

1659 Der Gang in eine weitere Verschuldung wurde mit der von Ministerpräsident Volker Bouffier
1660 initiierten Volksabstimmung zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Hessische Verfassung
1661 beendet. Wie in jedem privaten Haushalt muss auch der Staat mit dem Geld der Steuerzahler solide
1662 umgehen. Für uns heißt das: ausgeben, was erwirtschaftet wurde und nicht immer neue Steuern
1663 erheben. Es gilt, die Verwaltung zu straffen und nicht dem Bürger immer tiefer in die Tasche zu
1664 greifen.

1665 Die CDU hat in Hessen beispielsweise die Neuverschuldung seit dem Jahr 2010 mehr als halbiert und
1666 auch die Kommunen durch den neuen kommunalen Schutzschirm mit mehr als drei Milliarden Euro
1667 unterstützt. Wir richten unsere Verwaltung bürgernah aus, haben innovative Elemente der
1668 Verwaltungsmodernisierung seit Jahren umgesetzt und die neuen Medien in die Servicefunktionen
1669 der öffentlichen Verwaltung eingebaut.

1670 Um solide Finanzen auch in der Zukunft zu gewährleisten, wird der Staat sich von Aufgaben trennen
1671 und auch auf lieb gewonnene Subventionen verzichten müssen. Der Staat wird in der Zukunft nicht
1672 all das finanzieren können, was wünschenswert ist. Die notwendigen Sparbemühungen können für
1673 Hessen dabei deutlich reduziert werden, wenn der Länderfinanzausgleich zugunsten Hessens und
1674 anderer Geberländer neu strukturiert wird.

1675

1676 **Ideen und Ziele für solides Haushalten:**

1677 • Klares Bekenntnis zur **Schuldenbremse** und der konsequenten Fortsetzung der
1678 Haushaltskonsolidierung; Ziel ist es, einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung spätestens
1679 im Jahr 2019 aufzustellen und die Nettokreditaufnahme bis spätestens 2020 auf null zu
1680 senken.

1681 • Neuregelung des **Länderfinanzausgleichs** und Abschluss des Klageverfahrens, in welchem
1682 sich Hessen und Bayern uneingeschränkt zur Solidarität der Länder bekennen; Solidarität
1683 kann und darf aber nicht bedeuten, einem bedingungslosen Länderfinanzausgleich
1684 zuzustimmen, der auf Kosten hessischer Steuerzahler in anderen Ländern Subventionen und
1685 Steuergeschenke dauerhaft ermöglicht. Sollte es im Zuge der Neuregelung des
1686 Länderfinanzausgleichs zu einer verbesserten Finanzsituation des Landes kommen, so sind
1687 die Kommunen angemessen daran zu beteiligen.

- 1688 • **Priorisierung aller Ausgabenprojekte** des Landes auf ihre Machbarkeit im Hinblick darauf,
1689 ob und wie sie im Rahmen des Abbaus der Nettokreditaufnahme zu realisieren sind; dies gilt
1690 auch für alle in diesem Wahlprogramm aufgeführten Vorhaben.
- 1691 • Prüfung der Aufnahme von Elementen des in einzelnen Kommunen bereits angewandten
1692 **Bürgerhaushaltes** auch im Haushalt des Landes Hessen.
- 1693 • Prüfung der pauschalen Vereinnahmung nicht verwendeter Mittel aus dem Aufkommen des
1694 Solidaritätszuschlags in den Bundeshaushalt und Prüfung der Verwendung der nicht
1695 verausgabten Mittel zum Zweck einer **bedarfsorientierten Infrastrukturförderung**.
- 1696
- 1697 **Ideen und Ziele für Finanzen und Steuern:**
- 1698 • Förderung einer **investitionsfreundlichen Politik**, die zu Steuermehreinnahmen führt, an
1699 Stelle der Erhöhung von Steuersätzen.
- 1700 • Klare Positionierung im Bundesrat **gegen Steuererhöhungen** für Bürgerinnen und Bürger,
1701 Unternehmen oder mittelständische Betriebe.
- 1702 • Verhinderung einer **Vermögensteuer oder Vermögensabgabe**, die den Investitionswillen
1703 sowie die Investitionsfähigkeit von Unternehmen behindert und zur Existenzgefährdung
1704 besonders von Unternehmen mit hoher Fertigungstiefe führt.
- 1705 • Ablehnung der Erhöhung der **Einkommensteuer** im Kontext mit einer Vermögenssteuer, weil
1706 diese insbesondere Mittelstand und Handwerk als Rückgrat der Wirtschaft trifft.
- 1707 • **Ablehnung von Vorschlägen für neue Steuern und Abgaben** auf Ebene des Landes oder des
1708 Bundes (z.B. Wassercent, Sand- und Kiessteuer, Abgabe auf Plastiktüten etc.).
- 1709 • Bekämpfung von **Steuerschlupflöchern** und Förderung der Europäischen Integration im
1710 Steuerrecht sowie Förderung eines fairen und leistungsgerechten Steuer- und
1711 Abgabensystems.
- 1712 • Unterstützung des europaweiten und länderübergreifenden Vorgehens gegen die
1713 **grenzüberschreitende Steuerflucht**.

- 1714 • Unterstützung eines Neuanlaufs zur Umsetzung eines **Steuerabkommens mit der Schweiz**
1715 zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung, das allein dem Land Mehreinnahmen in
1716 zweistelliger Millionenhöhe bringen wird.
- 1717 • Prüfung der Weiterentwicklung des **Ehegattensplittings** im Sinne der Stärkung von Familien
1718 mit Kindern.
- 1719
- 1720 **Ideen und Ziele für eine moderne Verwaltung:**
- 1721 • Durchsetzung einer **einfachen und verständlichen Sprache** bei Formularen,
1722 Behördendokumenten und Verwaltungshandeln jeder Art.
- 1723 • Weiterer **Abbau von Bürokratie** – insbesondere von Verordnungen, schwer verständlichen
1724 Formularen und ähnlichem.
- 1725 • Erweiterung des Bürgerbüros der Hessischen Landesregierung um eine **digitale**
1726 **Kommunikationsplattform.**
- 1727 • Erprobung neuer und innovativer **online-Bürger-Beteiligungsmodelle** (z.B. bei
1728 Bürgerhaushalten, Befragungen, Planungsentscheidungen etc.).
- 1729 • Prüfung, wie und ob der bestehende Rechtsrahmen für eine optimale und standardisierte
1730 Einbindung der **Bürgerbeteiligung** angepasst werden muss, und in wieweit
1731 **Bürgerbefragungen** künftig berücksichtigt werden können.
- 1732 • Weiterentwicklung von **eGovernment-Projekten** mit dem Ziel, die Nutzerfreundlichkeit zu
1733 erhöhen, Verwaltungsabläufe zu straffen, den Bürokratieabbau zu beschleunigen und es den
1734 Bürgern zu ermöglichen, alle Behördengänge über das Internet erledigen zu können.
- 1735 • Förderung der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
1736 der Verwaltung und im Öffentlichen Dienst durch flexible Arbeitszeitgestaltung und Teilzeit-
1737 sowie Telearbeitsangebote.
- 1738 • Unterstützung des **Gesundheitsmanagements** und gesundheitlicher Prävention im
1739 Öffentlichen Dienst.
- 1740 • Fortsetzung des erfolgreichen Dialoges des Landes Hessen mit den Gewerkschaften bei
1741 anstehenden **Tarifverhandlungen** im öffentlichen Dienst.

- 1742 • **Einrichtung regelmäßiger Praktika** in der freien Wirtschaft für Angehörige des Öffentlichen
1743 Dienstes auf freiwilliger Basis.
- 1744 • Förderung des **wechselseitigen Austauschs** zwischen Unternehmen und dem Öffentlichen
1745 Dienst.
- 1746 • Ausarbeitung eines Konzeptes für **Online-Personalratswahlen** in Zusammenarbeit mit den
1747 Gewerkschaften.
- 1748 • Weiterentwicklung der Neuen Verwaltungssteuerung zu einem leistungsfähigen und
1749 modernen **Steuerungs- und Controlling**-Instrument.
- 1750 • Weiterentwicklung des Staatssekretärs für E-Government zu einem **Staatssekretär für**
1751 **Netzpolitik** in der Staatskanzlei.